

Protokoll Nr. 41

über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug

Dienstag, 8. Juni 2010

14.00 - 17.50 Uhr

im Kantonsratssaal, Regierungsgebäude

Vorsitz: Ratspräsidentin Isabelle Reinhart

Protokoll: Ruth Schorno

Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 40 vom 11. Mai 2010
2. Wahl eines Mitgliedes der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Manuel Brandenburg)
3. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
4. Interpellation der GPK-Mitglieder Stefan Hodel, Monika Mathers, Barbara Hotz, Cornelia Stocker, Barbara Stäheli vom 25. Mai 2010 betreffend erneuter Abgang im Baudepartement
mündliche Beantwortung
5. Jahresrechnung und Jahresbericht 2009
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2090 vom 30. März 2010
Bericht und Antrag der RPK Nr. 2090.1 vom 27. April 2010
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2090.2 vom 17. Mai 2010
6. Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2009
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2091 vom 12. April 2010
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2091.1 vom 17. Mai 2010
7. Schulsozialarbeit: Flächendeckende Einführung in der Stadt Zug; Kreditbegehren
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2088 vom 23. März 2010
Bericht und Antrag der GPK Ntr. 2088.1 vom 12. April 2010

8. Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 6. November 2009 betreffend 2000-Watt-Gesellschaft
Antwort des Stadtrats Nr. 2096 vom 4. Mai 2010
9. Mitteilungen

Eröffnung

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart eröffnet die heutige Sitzung und begrüsst nebst den Mitgliedern des Stadtrats und des Grossen Gemeinderats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich die Ratsmitglieder Manuel Brandenberg, Franz Iten, Adrian Moos, Marcel Uhr und Urs B. Wyss; die übrigen 35 Mitglieder des Grossen Gemeinderates sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Da Simone Gschwind erst etwas später eintrifft, amtet bis dahin Karin Hägi als Stimmzählerin.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung bedürfen der Zustimmung des Rates. Zug TV möchte während der heutigen Sitzung wiederum Aufnahmen machen, welche anschliessend ins Internet gestellt werden.

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich somit damit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 40 vom 11. Mai 2010

Zur Traktandenliste:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Traktandum 4 wird heute nicht mündlich beantwortet; der Stadtrat hat einen schriftlichen Bericht verfasst.

Das Wort zur Traktandenliste wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Änderungsantrag vorliegt und somit die Traktandenliste stillschweigend genehmigt ist.

Zum Protokoll Nr. 40 der Sitzung vom 11. Mai 2010

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und das Protokoll Nr. 40 vom 11. Mai 2010 daher stillschweigend genehmigt ist.

2. Wahl eines Mitgliedes der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Manuel Brandenburg)

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart hat am 26. Mai 2010 von Manuel Brandenburg per Mail folgende Erklärung erhalten: „Hiermit erkläre ich meinen sofortigen Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission. Nachdem ich in diesem Gremium wertvolle Erfahrungen sammeln durfte, möchte ich es nicht versäumen, diese Möglichkeit auch noch weiteren Personen zukommen zu lassen.“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart dankt dem abwesenden Mitglied für seine geleistete Arbeit in dieser Kommission und ersucht die SVP-Fraktion um Nomination der Nachfolge von Manuel Brandenburg in die GPK.

Manfred Pircher: Die SVP-Fraktion schlägt als Nachfolger von Manuel Brandenburg Philip C. Brunner vor.

Es erfolgen keine weiteren Nominationen.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass somit Philip C. Brunner stillschweigend als neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt ist.

3. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Interpellationen

Interpellation der GPK-Mitglieder Stefan Hodel, Monika Mathers, Barbara Hotz, Cornelia Stocker, Barbara Stäheli betreffend erneuter Abgang im Baudepartement

Mit Datum vom 25. Mai 2010 haben die GPK-Mitglieder Stefan Hodel, Monika Mathers, Barbara Hotz, Cornelia Stocker und Barbara Stäheli folgende Interpellation eingereicht: „Mit grosser Besorgnis hat die GPK Kenntnis genommen, dass Herr Florian Meyerhans, seit 1. Februar 2009 im Baudepartement als Projektleiter für Grossprojekte tätig, seine Kündigung auf Ende Juni 2010 eingereicht hat. Durch einen Aderlasse, wie wir ihn im Baudepartement in den letzten drei Jahren beobachten konnten, geht wertvolles Know how verloren. Er kostet viel Geld und ist stets mit grossem Aufwand verbunden. Jeder Abgang eines Mitarbeiters bedeutet Mehrarbeit für die Zurückgebliebenen, indem sie zuerst das Vakuum füllen und nachher die neue Kollegin oder den neuen Kollegen einarbeiten müssen. Dadurch leidet die Motivation. In diesem Zusammenhang bittet die GPK - auch im Interesse der Steuerzahlenden - den Gesamtstadtrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Personen haben in den letzten vier Jahren das Baudepartement (ohne Werkhof) verlassen;
 - a) durch natürliche Abgänge
 - b) durch Entlassungen
 - c) durch Pensionierungen
 - d) durch Frühpensionierungen
 - e) durch einen Departementswechsel
2. Wie viele Personen haben in den vorangehenden fünf Jahren das Baudepartement (ohne Werkhof) verlassen?
3. Wie stehen diese Personalfluktuationen im Vergleich zu den anderen Departementen der Stadtverwaltung?
4. Was sind die Gründe für die zahlreichen Personalwechsel im Baudepartement?
5. Kann man die Kosten ungefähr beziffern, die ein Stellenwechsel in der Verwaltung auslöst? (Stellenausschreibung, Evaluationsverfahren, Einarbeitungsprozess)
6. Sind bei den Projekten, die Herr Meyerhans leitet, Verzögerungen durch seine Kündigung zu befürchten? Wie wird ein reibungsloser Übergang zu einem Nachfolger gewährleistet?
7. Sieht der Stadtrat gezielte Massnahmen/Vorkehrungen, um dem angehäuften Know how-Abfluss inskünftig entgegen zutreten?

Für eine baldige mündliche Beantwortung danken wir im Voraus bestens.“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass diese Interpellation heute unter Traktandum 4 vom Stadtrat beantwortet wird.

4. Interpellation der GPK-Mitglieder Stefan Hodel, Monika Mathers, Barbara Hotz, Cornelia Stocker, Barbara Stäheli vom 25. Mai 2010 betreffend erneuter Abgang im Baudepartement

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrates Nr. 2106

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf S. 2289 f. dieses Protokolls.

Monika Mathers dankt namens der Interpellanten sowie der Fraktion Alternative-CSP dem Stadtrat für seine Ausführungen. Die Statistiken wurden sogar schriftlich zur Verfügung gestellt, obwohl die Interpellanten nur um mündliche Auskunft gebeten haben. Das Zahlenmaterial wird korrekt sein, deren Interpretation durch den Stadtrat lässt aber zu wünschen übrig. Was führte überhaupt zu dieser Interpellation? Zweimal im Jahr, im Rahmen des Budgets und der Rechnung, besucht jedes GPK-Mitglied „sein“ Departement und bespricht mit dem Kader nicht nur Zahlen, sondern auch allgemeine Fragen des Departementes. So musste Monika Mathers an der GPK-Sitzung vom 17. Mai die Kündigung des Projektleiters Florian Meyerhans rapportieren. In der darauf folgenden Diskussion kam die Sorge um einen erneuten Know-how-Verlust im Baudepartement klar zutage. Seit Jahren war bekannt, dass grosse Bauprojekte in der Stadt Zug anstehen. Der Investitionsstau war enorm. Die Bauchefin kreierte eine neue Stelle „Leiter Hochbau“ und engagierte mit Norbert Kremmel einen kleinen Napoleon. Der sollte Schwung in die Bude bringen. Doch auch er konnte es nicht alleine richten, zu viele Grossprojekte warteten in der Pipeline. CHF 40 Mio. sollten zwischen 2009 und 2013 jährlich verbaut werden. Darum bewilligte der GGR im Januar 2009 in einer ausserordentlichen Aktion und ausserhalb des Stellenplans CHF 900'000.-- für zusätzliche Projektleiter im Baudepartement. Deren Stellen sollten auf fünf Jahre befristet sein. Nachdem aber „Käpten Kremmel“ bereits nach 25 Monaten das Schiff Ende April verlassen hatte, schreckte der bevorstehende Weggang eines Projektleiters weiter auf. Wie sollen Grossprojekte wie Eisstadion, Frauensteinmatt, Neustadt 2, Überbauung Roost etc. fertig gestellt oder gebaut werden? Was bedeuten ständige Wechsel im Projektleiterteam? Wie lange geht es, bis ein neuer Mitarbeiter nicht nur die Projekte, sondern auch die Abläufe im Departement und in der übrigen Verwaltung intus hat? Wie viel Insiderwissen geht aus Sitzungen und informellen Gesprächen verloren? Wie lange geht es, bis ein neuer Mitarbeiter wieder ein vollwertiges Mitglied des Teams ist, der weiss, wie die anderen ticken und keine langen Erklärungen braucht? Das sind echte Sorgen, Sorgen um die Zukunft unserer Stadt, um das Bild unserer Stadt, um die Qualität unserer Bauten und nicht zuletzt um viel Geld. Die GPK würde ihrer Aufgabe als GPK nicht gerecht, wenn sie solche Vorkommnisse nicht hinterfragen würde. Umso weniger konnte die GPK verstehen, dass die Bauchefin in einem Interview diese Interpellation als „lächerlich“ bezeichnete und sagte, dass es nur eine Frage der Zeit gewesen sei, bis Herr Meyerhans gekündigt hätte, weil er ja von Herrn Kremmel eingestellt worden wäre. Was ist das für ein Managementverständnis, das damit rechnet, dass jeder Mitarbeiter, der einen Betrieb verlässt auch noch alle diejenigen mit sich zieht, die er einmal angestellt

hat? Dass die Sorge der GPK ums Ausbluten des Baudepartementes nicht grundlos ist, beweist die nun aufgezeigte Folie. Fraktionskollege Patrick Steinle hat damit die Grafiken, die in der Interpellationsantwort nur immer für ein Jahr gezeigt sind, zusammengefügt und das Mittel der Abgänge in der Verwaltung für die letzten beiden Legislaturen dargestellt. Braucht es dazu einen Kommentar? Im Licht dieser Graphik, die mit genau denjenigen Zahlen gemacht wurde, die in der Interpellationsantwort als gut verdauliche Einjahreshäppchen dargereicht werden, im Lichte dieser Graphik tönt die Antwort 4 des Stadtrates wie blanker Hohn. Zitat: „Wie die vorstehenden Ausführungen zeigen, unterscheidet sich das Baudepartement im Mittel der vergangenen beiden Legislaturperioden nicht wesentlich von den anderen Departementen.“ (Zitatende) Ist der Stadtrat blauäugig, oder will er der Wirklichkeit nicht in die Augen sehen? Die Sorgen der GPK sind damit nicht zerstreut. Auch die Antwort zu Frage 6 löst bei den Interpellanten nur Kopfschütteln aus. Der neue Leiter Hochbau, Peter Glanzmann, soll das Loch füllen, das der abtretende Projektleiter Meyerhans hinterlässt. Herr Glanzmann ist aber erst seit zwei Monaten im Amt, also noch in der Einarbeitungsphase. Und hat er nicht die Aufgabe von Norbert Kremmel übernommen? Und nun soll er noch die von Herrn Meyerhans darauf pflöpfen? Ist Herr Glanzmann ein Superman oder wird er mit einer unmöglichen Arbeitslast bereits wieder verheizt? Die Sorgen der Interpellanten sind geblieben, die Interpellationsantwort hat sie nicht abgebaut, sondern eher noch akzentuiert. Trotzdem gibt es einen Lichtblick. Der kommt nicht vom Stadtrat, aber aus dem Team des Baudepartementes: Ein Mitglied des Kadern bat Monika Mathers letzte Woche um ein Gespräch und sagte dabei, dass seit dem Weggang von Norbert Kremmel Ruhe im Baudepartement eingeleitet sei. Die Kündigung von Florian Meyerhans würde bedauert, er wäre aber keineswegs hinausgemobbt worden, wie das auch erzählt würde. Und dann wurde angefügt: „Lasst uns jetzt einfach arbeiten!“ Ja, das möchten die Interpellanten und werden das auch. Die Interpellanten hoffen auf eine bessere Zukunft und vertrauen den Mitarbeitern des Baudepartementes, dass sie ihr Allerbestes geben für unsere Stadt. Die Interpellanten lassen sie arbeiten, doch werden sie auch verstehen, wenn sie dabei gut beobachtet werden.

Cornelia Stocker auch einerseits als Mitinterpellantin und auch als Sprecherin der FDP möchte dem Stadtrat für die sehr schnelle Beantwortung der gestellten Fragen danken. Es war nie die Absicht der Interpellanten, noch mehr Öl ins Feuer zu giessen, was mit der unpolemischen Fragestellung bekräftigt wurde. Die FDP zeigt sich auch verständnisvoll, dass der Präsident der GPK aus Loyalitätsgründen gegenüber seiner damaligen Parteikollegin von einem solchen Vorstoss absehen wollte. Die GPK als Aufsichtsgremium des Stadtrates konnte die Augen nicht verschliessen und musste diese Fragen aufwerfen. Wer dies als Wahlkampfakt tituliert, liegt falsch. Dieser erneute Abgang hat zweifelsohne nicht nur in der GPK Unbehagen und Besorgnis, sondern auch bei weiteren politisch Involvierten und last but not least in der Verwaltung, ausgelöst. Dass die Bauchefin diese Fragerei als lästig, ja sogar als lächerlich, wie sie in der Neuen Zuger Zeitung zitiert wurde, empfindet, ist bedenklich und löste in den Reihen der FDP-Fraktion Irritation aus. Ja, eine solche Antwort stösst sauer auf. Die Antworten des Stadtrates bringen es zutage resp. bestätigen die Wahrnehmungen der Interpellanten: Im Bauamt

waren von 2007 bis heute im Verhältnis zu den anderen Departementen deutlich mehr Personalfluktuationen zu verzeichnen. Noch schlechter lesen sich diese Zahlen im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl der anderen Departemente. Der Stadtrat taxiert die Abgänge im Baudepartement im Vergleich mit der letzten Legislaturperiode und den Austritten in der übrigen Verwaltung als nicht aussergewöhnlich hoch. Das entspricht nicht den vorliegenden Fakten, zumal das Bauamt ohne Werkhofpersonal das kleinste Departement der Stadtverwaltung ist. Sinn und Zweck dieser Interpellation und deren Antworten muss sein, Verbesserungen resp. Vorkehrungen für die Zukunft daraus abzuleiten und zu treffen. Die Bauchefin sagt aus, Florian Meyerhans sei halt ein Kremmel-Mann gewesen und deshalb sei dies logisch, dass er nach Abgang seines Chefs ebenfalls gehe. Wenn dem so ist, dann muss entgegen gehalten werden, dass es strategisch gesehen mehr als suboptimal ist, wenn noch so gut qualifizierte Personen aus der gleichen Seilschaft angestellt werden. Auch die Privatwirtschaft hat zu beissen, wenn z.B. ein ganzes Marketing-Team einer PR-Agentur – meist noch mit einigen Stammkunden – abspringt. Image- und Know-how –Verluste lassen sich nur über einen längeren Zeitpunkt wieder kompensieren. Solche Abgänge kosten jeweils eine Stange Geld. Geld kosten im Falle des Bauamtes auch allenfalls entstehende Projektverzögerungen. Was dies in Franken auslösen kann, weiss man spätestens seit dem Roost-Zwischenbericht – dies auch dann, wenn die Fakten dort völlig anders gelagert waren. Rückblickend betrachtet war dies kein geschickter Entscheid des Stadtrates gewesen, salopp gesagt für Kremmel einen „Kremmel-Mann“ anzustellen. Aus dieser nun negativen Erfahrung gilt es zu lernen und inskünftig vorsichtiger Personal zu rekrutieren. Natürlich lassen sich Personalfluktuationen weder in einer Verwaltung noch in der Privatwirtschaft vermeiden. Auf Seite 3 von 4 schreibt der Stadtrat selber, dass im HR-Bereich die Faustregel gelte, dass ein Personalwechsel Folgekosten je nach Funktion im Gesamtumfang von etwa einem Jahressalär mit sich ziehen kann. Diese Zahl veranschaulicht allen deutlich, wie wichtig Personalzufriedenheit ist. Nur zufriedene und motivierte Angestellte in einem gut funktionierenden Team bringen den gewünschten resp. erwarteten Output. In diesem Sinne möchten die Interpellanten den Stadtrat aufrufen, dort den Hebel anzusetzen und nicht wegzuschauen.

Barbara Stäheli: Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die schnelle Beantwortung der Interpellation. Der Stadtrat hat sich für eine schriftliche Beantwortung entschieden. Die schriftliche Antwort ist ergänzt mit einer Reihe von Diagrammen, falls jemand keine Tabellen lesen kann. Dieser zusätzliche Aufwand wäre sicher nicht notwendig gewesen. Was ist nun die Hauptaussage der Beantwortung? Für die SP-Fraktion ist dies die Passage bei der Beantwortung der Frage 4, was sind Gründe für die zahlreichen Personalwechsel im Baudepartement? Hier schreibt der Stadtrat: „Das Baudepartement unterscheidet sich im Mittel der vergangenen Legislaturperioden nicht wesentlich von den anderen Departementen“. Wenn Barbara Stäheli die Aussage überprüfen will, ist sie gefordert, von jedem Blatt die Zahlen zusammenzuzählen und den Durchschnitt zu errechnen. Dies hat sie nicht mit dem Taschenrechner getan, sonder nur überschlagsmässig. Die Antwort kann korrekt sein. Nur ist es so, dass der Stadtrat mit einem cleveren Schachzug an der eigentlichen Frage vorbei gepeilt ist. Die Interpellanten forderten

explizit eine Auskunft über die vergangenen vier Jahre und in einer separaten Frage eine Antwort zu den vorangegangenen fünf Jahren. Nun die beiden Legislaturperioden zusammenzuzählen und den Durchschnitt zu errechnen ist keine korrekt Antwort auf die gestellten Fragen und verfälscht das Bild:

Im Jahr 2007 betrug die Fluktuation 14.29%

Im Jahr 2008 betrug die Fluktuation 11.54%

im Jahr 2009 betrug die Fluktuation 3.57%

im Jahr 2010 bis heute beträgt die Fluktuation 7.14%

Das sind in reinen Zahlen insgesamt 10 Austritte mit 3 gegenseitigen Vereinbarungen. Und dass gegenseitige Vereinbarungen meistens eine Stange Geld kosten, wissen alle. 10 Austritte in den vergangenen vier Jahren bei einem Personalbestand von 28 – 30 Mitarbeitenden führen zwangsläufig zu einer hohen Belastung der Zurückgebliebenen und einer Neuorganisation der Prozesse und deren Verlangsamung. Der Stadtrat suggeriert mit seiner Antwort und seiner Lesart der Zahlen: Alles im grünen Bereich, keine Grund zur Besorgnis! Die SP-Fraktion teilt diese Auffassung klar nicht.

Theo Iten wird sich kurz fassen, denn der GGR hat heute wichtigere Traktanden zu behandeln, als sich mit reinem Wahlpopulismus herumzuschlagen. Die CVP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis. Ihre Kernaussage dazu: Im Vergleich mit der ganzen Stadtverwaltung sind die Abgänge im Baudepartement nicht aussergewöhnlich hoch. Im Übrigen konnte der Sonntagspresse entnommen werden, dass es ganz normal ist - sei es in staatlichen Betrieben oder in der Wirtschaft, dass bei einem Wechsel des CEO die engsten Mitarbeiter teilweise auch gehen. Sei es, weil ihnen gekündigt wird, oder dass sie selber kündigen. Und es ist allgemein bekannt, dass es in der Baubranche des öfters vorkommt, dass gute Leute von aussen her, gelegentlich sogar von an konkreten städtischen Bauvorhaben beteiligten Unternehmen, mit lukrativen Angeboten abgeworben werden. Wie es die FDP einmal so schön gesagt hat: Man sollte den Ball schön flach halten! An diesem Vorsatz sind die Interpellanten mit ihrem Vorstoss kläglich gescheitert. Jedenfalls brauchte es im Baudepartement keinen kostspieligen Mediator, der mit Steuergeldern bezahlt werden musste. Und wie der CVP-Fraktion bekannt ist, konnte für den letzten Abgang bereits ein hervorragender Mann gefunden werden. Es gibt einen nahtlosen Übergang, und das ohne teure Inseratkosten.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass die **Interpellation der GPK-Mitglieder Stefan Hodel, Monika Mathers, Barbara Hotz, Cornelia Stocker, Barbara Stäheli vom 25. Mai 2010 betreffend erneuter Abgang im Baudepartement beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

5. Jahresrechnung und Jahresbericht 2009

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2090

Bericht und Antrag der RPK Nr. 2090.1

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2090.2

Grundsatzvoten

Stadtrat Hans Christen: Der Stadtrat unterbreitet mit der Vorlage Nummer 2090 die Jahresrechnung und den Jahresbericht 2009.

Laufende Rechnung:

Trotz eines schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes wird ein Ertragsüberschuss von CHF 8,3 Mio. erreicht. Im Vorjahr waren es CHF 20,9 Mio., und das Budget 2009 rechnete mit einem ausgeglichenen Rechnungsergebnis. Das positive Ergebnis ist hauptsächlich auf ein einmaliges Grossereignis bei den juristischen Personen zurückzuführen. 2009 konnten CHF 20 Mio. Darlehen des Fremdkapitals zurückbezahlt werden. Die Laufende Rechnung 2009 erreicht einen Gesamtaufwand von CHF 273,6 Mio. Der Personalaufwand schliesst rund 2 % unter dem Budgetwert ab. Ebenfalls weniger als budgetiert wird beim Sachaufwand ausgegeben. Hier wurden 5% eingespart. Die hohen Investitionen lassen hingegen die Abschreibungen markant ansteigen. Diese sind rund CHF 9 Mio. höher als im Vorjahr.

Steuererträge:

Die Steuereinnahmen 2009 betragen CHF 214,6 Mio. und sind wie folgt geflossen:

- Natürliche Personen CHF 112,1 Mio. (Vorjahr: CHF 117,7 Mio.)
- Juristische Personen CHF 91,0 Mio. (Vorjahr: CHF 82,3 Mio.)
- Sondersteuern CHF 11,5 Mio. (Vorjahr: CHF 13,1 Mio.)

Investitionsrechnung:

Die Bruttoinvestitionen erreichen einen sehr hohen Stand von CHF 60,2 Mio. (Vorjahr: CHF 36,7 Mio.). Zusätzlich erwarb die Stadt Zug 2'000 Namenaktien der Wasserwerke Zug AG für CHF 24,1 Mio. Die Einnahmen in der Investitionsrechnung betragen CHF 16., Mio. Dies führt zu Nettoinvestitionen von CHF 43,4 Mio.

Die wichtigsten Investitionen u.a. sind:

- Bossard Arena
- Zentrum Frauensteinmatt
- Altersheim Chlösterli Unterägeri, Erwerb von Pflegebetten
- Kunststoffrasen Herti
- Ersatzplatz Streethockey
- Kiosk / Wartehalle Schiffstation
- Sanierung Theater Casino
- Zugerbergbahn, behindertengerechter Umbau

– Beitrag an die Nordzufahrt

Infolge des hohen Investitionsvolumens sank der Selbstfinanzierungsgrad mit 76,3 % einmalig unter die strategische Vorgabe der Finanzpolitik von 100 %. Im Fünfjahresdurchschnitt wird die Zielgrösse jedoch nach wie vor eingehalten.

Aussichten:

Die Folgen der Wirtschaftskrise werden auch die Stadt Zug treffen, jedoch in einem überschaubaren Rahmen. Die Investitionen bleiben während der nächsten 2 Jahre auf einem ähnlich hohen Niveau wie 2009. Im Rahmen der kantonalen Steuerrevision werden Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Unternehmen in den kommenden Jahren wesentlich entlastet. Es wird weiterhin ein attraktiver Steuerfuss angewendet. Im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise mussten einige Unternehmen spürbare Gewinnrückgänge in Kauf nehmen. Dies wird sich in der Laufenden Rechnung 2010 und 2011 mit geringeren Steuererträgen auswirken. Die Ziele der Finanzpolitik, gesunde Gemeindefinanzen, attraktive Steuerbelastung und ein hoch stehendes Leistungsangebot, werden - wie während der vergangenen Jahre - strikte weiter verfolgt. Der Stadtrat wird die wirtschaftliche Entwicklung und die finanzielle Situation weiterhin verfolgen. Er ist jedoch der Meinung, die Folgen der aktuellen Krise erfolgreich bewältigen zu können. Die finanziellen Mittel werden wirtschaftlich eingesetzt. Der Finanzhaushalt ist im Gleichgewicht zu halten, wie es in der Finanzstrategie und im Finanzhaushaltgesetz vorgesehen ist.

Im Auftrag des Stadtrates beantragt Stadtrat Hans Christen dem GGR, die Jahresrechnung 2009 und den Jahresbericht 2009 sowie die vorgelegten Schlussabrechnungen auf den Seiten 64 und 65 zu genehmigen und dem Beschlussentwurf auf Seite 9 zuzustimmen. Noch ein Hinweis in eigener Sache: Der GGR hat dem Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 17. Mai 2010 entnehmen können, dass Stadtrat Hans Christen Opfer eines Gerüchts war. Das, was Stadtrat Hans Christen hier als Stadtrat und Finanzchef erleben musste, war absolut unterste Schublade.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: An sich hätte jetzt das Wort der GPK-Präsident Urs B. Wyss. Dieser ist aber heute krankheitshalber abwesend.

Monika Mathers, Vizepräsidentin GPK, verzichtet auf ergänzende Ausführungen und verweist auf den schriftlichen Kommissionsbericht von Urs B. Wyss, Präsident GPK.

Karl Kobelt: Einmal mehr darf der GGR von einer äusserst positiven Jahresrechnung Kenntnis nehmen. Es zeigt sich, dass die geplante Entnahme aus der Steuerausgleichsreserve von CHF 4 Mio. nicht notwendig gewesen ist. Neben dem unerwartet hohen Ertragsüberschuss, der zugegebenermassen auch aufgrund eines einmaligen und nicht vorhersehbaren Ereignisses zustande kam, erfreuen weitere Aspekte der Rechnung wie die spürbare Ausgabendisziplin und die von knapp 37 auf über CHF 60 Mio. angestiegene Investitionsrechnung. Das ist unter anderem den erheblichen Investitionen im Baubereich zu verdanken. Erwähnt sei auch der kluge Kauf von zusätzlichen WWZ-Aktien. Das

Personalwachstum ist mit plus 14,5 Einheiten im letzten Jahr recht erheblich ausgefallen. Hier ist Wachsamkeit angesagt – auch wenn der Löwenanteil auf das Bildungsdepartement fällt, wo der Handlungsspielraum für eine personelle Straffung eher klein ist. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Die Stadtverwaltung bemüht sich um Bürgernähe und einen Service public, der im Sinne des Dienstes am Gemeinwohl diesen Namen verdient. Die Mitarbeitenden unserer Stadt zeichnen sich durch ein überdurchschnittliches Engagement aus, sind hilfsbereit und kommunikationsfähig – bravo! Finanzchef Hans Christen hat in den letzten Jahren zusammen mit Finanzsekretär Andreas Rupp und seinem Stab die Stadtkasse sehr gut verwaltet. Die erheblichen Mehrausgaben insbesondere infolge der Neuregelung bzw. Einführung der Finanzausgleichsmechanismen ZFA und NFA hat er ohne Steuererhöhung souverän in den städtischen Haushalt integriert. Er verstand die Kunst der Unterscheidung: Die Standhaftigkeit gegenüber mannigfachen Begehrlichkeiten auf der einen und den wirkungsvollen Einsatz der Mittel für zukunftsweisende Projekte auf der anderen Seite. Beides hat er zu einer kohärenten, bürgerlichen Finanzpolitik verbunden. Ein Beispiel ist der Übertritt der städtischen Lehrpersonen in die Pensionskasse der Stadt Zug, welche die Revision des Pensionskassen- und Personalreglements notwendig machte. Ein Danke an Stadtrat Hans Christen für seine wertvollen Dienste, die er zum Wohle unserer Stadt erbracht hat! Worauf gründet das Wohlergehen einer Gesellschaft? – Es sind einerseits der Fleiss und die Leistungsbereitschaft der Bewohnerinnen und Bewohner. Andererseits schaffen tiefe Steuern Wohlstand. Die Stadt Zug ist ein Beispiel dafür. Zug zeigt Bürgersinn. Denn wohl dem, der in einem Staatswesen leben darf, das wenig von ihm verlangt und ihm vieles gibt! Ein solches Staatswesen verkörpert die Stadt Zug. Alle dürfen stolz darauf sein, und dankbar gegenüber den politischen Vorgängerinnen und Vorgängern, die diesen erfolgreichen Weg vorgezeichnet und bis hierher geebnet haben. Karl Kobelt möchte an dieser Stelle nicht nur Rückschau halten, sondern auch nach vorne blicken. Welches sind nun die Zeichen, die aus dem erneut hervorragenden Rechnungsergebnis zu deuten sind?“

1. „Uns geht es gut“. Diese Erkenntnis ist weniger banal, als sie scheint, wenn man daraus die richtigen Schlüsse zieht. „Hören wir auf, über Dies und Das zu jammern! Jammern ist nicht angebracht, auch nicht bezüglich der Miet- und Bodenpreise. Packen wir lieber die aktuellen Herausforderung an und schaffen neuen zahlbaren Wohnraum!“ Mit den Instrumenten in der neuen Bau- und Zonenordnung sind die richtigen Zeichen gesetzt worden. Wahrscheinlich braucht es weitere wegweisende Instrumente – aber bitte solche, die Grundeigentümer und Bauherren nicht schaden! Man sei sich gewiss, dass der Staat die Bedingungen dazu zu schaffen hat. Als Bauherr und Wohnungsverwalter im grossen Stil ist er lähmendes Gift für Initiativen aus der Gesellschaft – und in der Umsetzung kaum geeignet. Der Alterswohnbau Neustadt 2 und der Roost sind die aktuellsten aber nicht einzigen Beispiele dazu. Zweitens:
2. Beim Bauwesen bleibend soll sich die Stadt generell baulich und gestaltend weiter entwickeln. Man soll offen bleiben für die Bedürfnisse der kommenden Generationen. Dazu gehört es, Zuzüger weiterhin willkommen zu heissen. Die FDP kann und will nicht, „einfach unter sich bleiben“. Welch seltsamer Konservatismus

gewisser sich fortschrittlich nennender Kreise, die grössere Bauvorhaben mit dem bemühenden Vergleich Zug mit dem monegassischen Fürstenstaat zu verhindern suchen! Wenn die Stadt Zug sich dem Hochhausbau und der weiteren Verdichtung verschliesst, verschliesst sie sich auch dem, was eigentlich alle wollen: eine durchmischte Gesellschaft, junge Leute, die in Zug wohnen bleiben, junge Familien, die hierher ziehen.

3. „Lasst uns in die Zukunft investieren.“ Geld, das zum Beispiel in die familienfreundlichen Strukturen in den Stadtschulen investiert wird, ist gut angelegt. Gesellschaftliche Entwicklungen kann und will die FDP-Fraktion nicht verhindert werden, wie dies gewisse Kreise möchten. Ihnen kann aber mit angemessenem politischen Handeln Rechnung getragen werden. Das betrifft auch die Schulsozialarbeit, die heute noch zur Sprache kommen wird.
4. „Richten wir den Blick auf die grossen Brocken“. Einer dieser Brocken bilden die Leistungen im Rahmen des NFA. Diese Leistungen sind ebenso systemwidrig wie jene für den ZFA unbestritten sind. Hier sollte man zu gegebener Zeit die Stimme wieder erheben. Zuständig ist der Kantonsrat, der Anstoss darf aber durchaus wiederum aus dem Stadtrat kommen.

Das sind die klaren finanzpolitischen Zeichen, die die FDP auch künftig setzen wird: Vom Bürger weiterhin nicht mehr Geld fordern, als für die öffentlichen Belange benötigt werden; die Steuerausgleichsreserve zur Haltung eines attraktiven Steuerfusses verwenden; nicht in konservativem Verharren verweilen, sondern mit Tatkraft die aktuellen Herausforderungen anpacken – all dies möge nach dem Motto geschehen: Ausgabendisziplin halten – in die Zukunft investieren. So kann der Weg mit Zuversicht weiter beschritten werden.

Martin Eisenring möchte einleitend im Namen der CVP-Fraktion dem Stadtrat und der Verwaltung für die seriöse und gute Arbeit im Zusammenhang mit der Erstellung der Jahresrechnung und des ausführlichen und sehr informativen Jahresberichts danken. Es kann befriedigt festgestellt werden dass die Qualität des ausführlichen Berichts und der Rechnung ständig zunimmt, was sehr erfreulich ist. Sehr erfreulich ist auch der positive Ertragsüberschuss der Jahresrechnung 2009. Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang einzig, dass wie in den vergangenen Jahren regelmässig eine relativ grosse Abweichung zwischen Budget und tatsächlichem Ertrag besteht. Es ist zwar schön, wenn das in die positive Richtung geht, aber trotzdem sollte darauf geachtet werden, dass Budget und Rechnung näher beieinander zu liegen kommen. Natürlich sind gewisse Sondereinnahmen nicht voraussehbar. Es wird aber auch seit verschiedenen Jahren immer wieder auf einen eingetretenen Sonderfaktor verwiesen. Also gibt es auch hier irgendwie eine gewisse Regelmässigkeit. Auch aus der Jahresrechnung 2009 wird klar ersichtlich, dass sich die vernünftige Steuerpolitik der Stadt und des Kantons Zug auszahlen. Glücklicherweise haben der Rat und vor allem auch der Souverän sich anfangs dieses Jahres für eine neue Steuersenkung ausgesprochen. Diese vernünftige Steuerpolitik ist Fundament dafür, dass die Stadt in den Genuss so hoher Steuereinnahmen gelangt. Die Stadt Zug geniesst dadurch eine hohe Lebensqualität und gute staatliche Leistungen zu einem sehr vernünftigen und fairen Preis bezüglich Steuern. Die Ertragsüberschüsse in den

vergangenen Jahren sprechen eine klare Sprache: es wurde von den Bürgern mittels Steuern mehr vereinnahmt als an sich nötig wäre. Es wäre klar wünschenswert, dass die Stadt Zug über den tiefsten Steuersatz im Kanton verfügt. In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, dass die Stadt Zug der Wachstumsmotor im Kanton ist. Der ganze Kanton profitiert von einer wirtschaftlich starken Stadt Zug. Die CVP-Fraktion beantragt deshalb, auf die Vorlage des Stadtrates einzutreten. Einige Gedanken, die bereits Karl Kobelt angesprochen hat, seien nochmals aufgegriffen, nämlich Bauen, tiefe Steuern und hohe Bodenpreise. Es wird hier ständig wiederholt, dass die tiefen Steuern der Grund dafür seien, dass die Bodenpreise in Zug so hoch sind. Diese Aussage wird durch die ständigen Wiederholungen aber nicht richtiger. Verschiedene Gemeinden auch in anderen Kantonen verfügen über sehr hohe Bodenpreise (z.B. Genf, Zürich, Basel), obwohl die Steuern deutlich höher sind als in Zug. All dies sind zwar Zentrumslagen, jedoch gleichzeitig Hochsteuergemeinden. Andererseits gibt es andere Gemeinden, die über tiefere Steuern als die Stadt Zug verfügen (z.B. Nidwalden, Appenzell-Innerroden), jedoch auch über niedrigere Immobilienpreise. Hier eine Gleichstellung aufzuzeigen, ist daher verkürzt und falsch. Eine hohe Lebensqualität führt zu hohen Immobilienpreisen. In Zug gibt es eine hohe Lebensqualität. Es ist daher nicht so unrichtig, festzustellen, dass die Steuern auch ein Teil dieser Lebensqualität sind. Es gehören aber auch die guten Schulen, die Sicherheit, die allgemeine Infrastruktur usw. dazu. Es wäre falsch, diese Lebensqualität nur zu reduzieren, damit die Immobilienpreise sinken. Viel klüger ist das, was der Grosse Gemeinderat in den vergangenen Jahren im Rahmen der Bau- und Planungsordnungsrevision beschlossen hat, nämlich staatliche Mittel zu schaffen, um gewisse Korrekturen vornehmen zu können. Zug will eine Gemeinde sein, die Lebensraum für alle verschiedenen Menschen bietet. Es kann nicht sein, dass Zug nur über reiche Einwohner verfügt. Auch das Parlament ist dadurch repräsentativ zusammengesetzt, trotzdem können alle hier in dieser Stadt wohnen. Das soll auch nachfolgenden Generationen möglich sein. Die CVP-Fraktion beantragt, auf die Vorlage des Stadtrats einzutreten und bedankt sich nochmals bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Manfred Pircher: Von den Vorrednern konnte schon viel Positives gehört werden, von dem man in der Stadt Zug profitiert (z.B. tiefe Steuern, gute Schulen). Zukünftig muss verdichteter gebaut werden. Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit, die gute Jahresrechnung und den Jahresbericht. Die SVP-Fraktion wird der Vorlage des Stadtrats zustimmen.

Barbara Stäheli: Einmal mehr weist die Rechnung der Stadt Zug ein positives Rechnungsergebnis aus. Dies ist hauptsächlich einem einmaligen Grossereignis, der guten Budgetierung und einer konsequenten Einhaltung des Voranschlags zuschreiben. Für die geleistete Arbeit und die Budgetdisziplin dankt die SP-Fraktion allen Angestellten der Stadt Zug und dem Stadtrat. Barbara Stäheli kehrt nochmals zum einmaligen Grossereignis zurück. Barbara Stäheli weiss nicht, wie es den anderen Ratskolleginnen und -kollegen beim Lesen dieser Begründung ergangen ist. Sie runzelte zuerst die Stirn und dann begann ihre Phantasie ihre Blüten zu treiben. Dass sich hinter dieser Begründung

eine Fusion von Aluminiumfirmen verbirgt, überstieg ihr Vorstellungsvermögen als nicht Finanzfachfrau. Schwer kalkulierbare Steuereinnahmen, vor allem bei den juristischen Personen prägen die Rechnungen der Stadt Zug. Gewinne und Zuzüge von Firmen oder eben Grossereignisse lassen sich schlecht voraussehen und können nicht budgetiert werden. Solche nicht budgetierten Einnahmen sind irgendwie geschenktes Geld. Was damit Sinnvolles getan werden kann, wird beim nächsten Traktandum diskutiert. Mit der Jahresrechnung liegt auch der Jahresbericht vor. Dieser Jahresbericht ist in den vergangenen Jahren zu einer interessanten und aufschlussreichen Lektüre mutiert, die in informativer und detaillierter Weise Rechenschaft über das vergangene Jahr und die Zielerreichung der gesteckten Ziele Aufschluss gibt. Allen, die einen Beitrag zur Verfassung des Jahresberichts geschrieben haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Die SP-Fraktion stimmt der Genehmigung der Jahresrechnung und des Jahresberichts einstimmig zu.

Stefan Hodel: Selbstverständlich dankt die Fraktion Alternative-CSP auch dieses Jahr dem Stadtrat und der Verwaltung für den sorgfältigen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln. Der farbige Umschlag des Jahresberichtes zeigt es bildlich, wie vielfältig die Aufgaben der städtischen Angestellten sind. Wiederum darf man sich an einem stattlichen Überschuss freuen. Doch die Freude darüber hält sich bei der Fraktion Alternative-CSP in Grenzen. Verdankt die Stadt die hohen Steuererträge nicht ihren Asylbewerbern? Nun, Stefan Hodel meint natürlich nicht die Asylbewerber welche Gemeinderat Brunner hier vor einiger Zeit zu einem Thema machte, sondern diejenigen Leute, die in der Stadt Zug Asyl für ihr Kapital suchen. Diese Leute werden nicht in engen Kollektivunterkünften beherbergt. Sie müssen nicht beweisen, dass Sie an Leib und Leben bedroht sind. Sie sind hier willkommen und dürfen, wie gelesen werden kann, teilweise gar mit dem Stadtpräsidenten tafeln. Diese kapitalkräftigen Personen werden angelockt von den Zugern die das Steuerdumping zur Standortpolitik gemacht haben, wie es ein Journalist im Tages-Anzeiger kürzlich geschrieben hat. Sie zahlen hier weit weniger Steuern als an anderen Orten. Dort fehlt das Geld für die zahlreichen Aufgaben der öffentlichen Hand. Zum Glück gibt es den NFA, dieser verunmöglicht es uns, den Steuersatz noch weiter zu senken und sorgt zumindest innerhalb der Schweiz für einen sinnvollen und wichtigen Ausgleich. Die Fraktion Alternative-CSP beantragt trotzdem wieder die Genehmigung von Jahresbericht und Rechnung. Ein Hinweis noch an Martin Eisenring welcher Eintreten beantragt hat: Eintreten ist Pflicht. Der Rat hat nicht die Möglichkeit, auf die Jahresrechnung nicht einzutreten.

Martin Spillmann äussert sich sowohl zur Verantwortung dieses Rates und zur Verantwortung des ehemaligen GPK-Mitgliedes Manuel Brandenburg: Wenn man als GPK Mitglied der GPK das zugeteilte Departement (Bildungsdepartement) nicht besucht, an der ganztägigen Sitzung der GPK nur bis zum Mittag teilnimmt und an der Gemeinderatsitzung an einem ausserordentlichen Termin von seinem Amt zurücktritt, mit der Begründung, dass andere auch mal dürfen, hat man seine Verantwortung nicht wahrgenommen. Manuel Brandenburg ist sich diverse Male nicht zu schade gewesen, den Provokateur zu spielen. Seine Verantwortung als GPK-Mitglied hat er aber definitiv nicht

wahrgenommen. Martin Spillmann ist enttäuscht und ist der Meinung, dass dies nicht ungesagt vorbeigelassen werden darf. Das ist dieses Rates nicht würdig.

Jürg Messmer hat wenig Verständnis für dieses Votum. Manuel Brandenburg ist heute nicht anwesend und hat sich ordnungsgemäss für diese Sitzung entschuldigt. Soweit Jürg Messmer informiert ist, plant die GPK, dieses Thema irgendwann innerhalb der Kommission zur Sprache zu bringen. Heute vorzupreschen und Vorwürfe an eine nicht anwesende Person zu richten, ist ganz leicht daneben. Jürg Messmer appelliert, sich an Anstand und Norm zu halten und die betreffende Person direkt zu kontaktieren, damit eine Reaktion möglich ist. Jürg Messmer geht davon aus, dass Manuel Brandenburg sich für diese GPK-Sitzung entschuldigen liess. Ob ein Besuch der Departemente aufgrund einer Reglementierung Pflicht oder einfach Usus ist, weiss Jürg Messmer nicht. Es wäre Aufgabe der GPK, dies zu klären und nicht hier eine Debatte zu führen.

Abschnittweise Beratung der Rechnung

Bericht und Antrag des Stadtrates (S. 2 - 7)

Keine Wortmeldungen

Hauptzahlen (S. 10)

Keine Wortmeldungen

Finanzkennzahlen 5-Jahresübersicht (S. 11)

Keine Wortmeldungen

Entwicklung der Selbstfinanzierung (S. 12)

Keine Wortmeldungen

Institutionelle Gliederung (S.13)

Keine Wortmeldungen

Bilanz (S 14 - 15).

Keine Wortmeldungen

Laufende Rechnung nach Sacharten (S.16 - 17)

Keine Wortmeldungen

Präsidial- und Finanzdepartement Übersicht (S. 18)

Keine Wortmeldungen

Bildungs- und Baudepartement Übersicht (S.19)

Keine Wortmeldungen

Departement SUS Übersicht (S. 20)

Keine Wortmeldungen

Laufende Rechnung nach institutioneller Gliederung

1 Präsidialdepartement (S. 21 - 25)

Philip C. Brunner versichert, als neu gewähltes Mitglied der GPK die damit verbundene Pflicht im Interesse des Rates zu erfüllen, wie dies auch die übrigen Ratsmitglieder und Angestellten der Verwaltung ebenfalls tun. Mit einem Dankeschön will man anerkennen, dass die Arbeit zufriedenstellend ausgeführt wurde. Es ist immer etwas schwierig, zwischen Überschwang und Pflichterfüllung den richtigen Ton zu finden. Nach Meinung von Philip C. Brunner hat die Verwaltung ihre Pflicht erfüllt. Es wurde sowohl beim Personal- wie auch beim Sachaufwand gegenüber dem Budget Geld gespart. Deswegen ein Hochamt zu veranstalten, ist nicht notwendig. Die Angestellten haben ihre Arbeit ausgeführt, weshalb die SVP-Fraktion es nicht als notwendig fand, einen speziellen Hinweis anzubringen. Zu *KST 1600, Kultur*, wird festgehalten, dass gemäss Rechnung 2008 CHF 3,878 Mio. ausgegeben wurden. Aus welchen Gründen auch immer wurde das Budget 2009 um rund CHF 100'000.-- reduziert. Trotzdem ist der Aufwand gemäss Rechnung 2009 praktisch gleich wie derjenige gemäss Rechnung 2008. Dies ist eine Vorbemerkung zu den nachfolgenden Ausführungen.

2 Finanzdepartement (S.26 - 35)

Keine Wortmeldungen

3 Bildungsdepartement (S. 36 - 45)

Martina Arnold spricht zu *KST 3050, Rektorat, Konto 36430, Beitrag an auswärtige Sonderschulen*: Der Aufwand gemäss Rechnung 2009 beträgt CHF 2,91 Mio., budgetiert waren aber lediglich CHF 1,87 Mio. Als Begründung werden eine neue Berechnungsbasis sowie höhere Schülerzahlen angefügt. Bekanntlich hat sich die IV seit zwei Jahren aus der Mitfinanzierung der Sonderschulen zurückgezogen. Für die nun vermehrt auf Kanton und Stadt anfallenden Kosten haben diese je zur Hälfte aufzukommen (CHF 6 Mio.). Von Jahr zu Jahr gehen die Schülerzahlen in der Stadt Zug zurück. 2008 gab es in der Stadt Zug noch 1'918 Schüler, im Jahr 2009 nur noch 1'883. Diese 35 Kinder weniger machen praktisch zwei Schulklassen aus. Trotzdem steigen die Zahlen für auswärtige Sonderschulen weiter an. Nachdem an den städtischen Schulen immer mehr Unterstützung durch schulische Heilpädagogen, Sozialarbeitenden geleistet und zudem im Maria Opferung eine sehr gut geführte heilpädagogische Schule geführt wird, erstaunt diese Entwicklung. Wie viele Schulkinder mussten in den Jahren 2007, 2008 und 2009 auswärtige Sonderschulen besuchen?

Ivo Romer: Die budgetierte Zahl von CHF 1,878 Mio. ist falsch. Hier wurde zu tief budgetiert. Im Schuljahr 2009/10 besuchen 54 Schüler auswärtige Sonderschulen. Diese Schüler können aufgrund ihrer persönlichen Situation nicht integrativ beschult werden. Von den 54 Schülern sind zwei Schüler an einer auswärtigen Schule für Hochbegabte bzw.

Sportklasse untergebracht. Die Zahl 54 bedeutet zum Vorjahr eine Steigerung von 8 Schülern. Im Jahr 2007 waren 46, im Jahr 2006 55 Schüler an auswärtigen Sonderschulen untergebracht. Im Jahr 2002/03 waren es 52 Schüler. Das zeigt, dass es sich immer um eine Schülerzahl von 42 bis 54 handelt. Die IV hat sich aus der Beitragsbezahlung zurückgezogen. Im vergangenen Jahr waren davon noch die letzten Auswirkungen zu tragen. Dazu kommen Preisveränderungen bei den Pauschalen, welche für die Sonderschulen zu bezahlen sind. Bei den Jahreskosten eines Internats für eine komplexe Behinderung in der Höhe von CHF 240'000.-- macht rein schon die Teuerung einen erheblichen Betrag aus.

Ivo Romer zu *KST 3500, Textiles Werken/Hauswirtschaft und KST 3510, Logopädie*: Die redaktionelle Freiheit des GPK-Präsidenten ist im GPK-Bericht etwas ausschweifend ausgefallen, hat er doch bei diesen Kostenstellen die Wiederaufnahme ins Rechnungssystem der Stadt gefordert. Das wurde so explizit nie diskutiert und beschlossen.

Philip C. Brunner zu *KST 3800, Kind Jugend Familie, Konto 30101, Löhne hauptamtliches Personal*: Gemäss Begründung basiert die Erhöhung auf GGR-Beschlüssen. Das sind praktisch CHF 400'000.--. Heute kommt noch der Ausbau zur flächendeckenden Sozialarbeit zur Sprache. All dies sind die Auswirkungen, welche in die Jahresrechnung einfließen. Das bedeutet hier konkret um 30 % höhere Lohnkosten für das hauptamtliche Personal. Dies ist ein Hinweis darauf, weshalb die SVP-Fraktion hier zu Mass halten und Zurückhaltung plädiert.

Martina Arnold zu *KST 3800, Kind Jugend Familie, Konto 31824, Verpflegung der Kinder/Mittagstisch*: Für das gute Resultat darf dem Stadtrat ein grosses Dankeschön ausgesprochen werden. Auch bei den tieferen Kosten sind die Kinder trotzdem sehr gut gepflegt und gesund.

Patrick Steinle zu *Konto 3800, Kind Jugend Familie, Konto 30101, Löhne hauptamtliches Personal*: Es sei darauf hingewiesen, dass bei dem von Philip C. Brunner erwähnten Konto der Stadtrat zudem auf einen Volksentscheid im letzten Frühling hätte verweisen können, wonach diese Betreuungsformen ausgebaut werden sollen.

4 Baudepartement (S. 46 - 50)

Keine Wortmeldungen

5 Departement für Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS) (S. 51 - 57)

Keine Wortmeldungen

Investitionsrechnung (S.58 - 63)

Keine Wortmeldungen

Abgerechnete Verpflichtungskredite (S. 64 - 65)

Keine Wortmeldungen

Anhang zur Jahresrechnung 2009 (S. 66 - 73

Keine Wortmeldungen

Liegenschaftsverzeichnis (S. 74 - 75)

Keine Wortmeldungen

Jahresbericht 2009

Stefan Hodel zum *Auszug aus der Jahresstatistik der Zuger Polizei für die Stadt Zug, Geschwindigkeitskontrollen (S. 100)*: Hier, im Auszug der Jahresstatistik der Zuger Polizei ist ersichtlich, dass bei den Geschwindigkeitskontrollen die Zahl der kontrollierten Fahrzeuge massiv gesunken ist. Wurden im Jahre 2008 noch mehr als 17'000 Fahrzeuge kontrolliert, so sind es im Jahre 2009 nur noch gut 11'000, dies sind 45 % weniger. Wenn es so weitergeht, so gibt es in wenigen Jahren gar keine Geschwindigkeitskontrollen mehr in dieser Stadt. Stefan Hodel möchte vom Stadtrat gerne wissen, warum dies so ist. Dass Kontrollen bitter nötig sind, zeigt die Anzahl der verzeigten Fahrer: 2009 mussten mehr als 12 % der Fahrer verzeigt werden. Im Vorjahr waren es noch weniger als 10 %.

Stadtrat Andreas Bossard: Diese Statistik kann einfach zur Kenntnis genommen werden. Wie auch aus dem Sicherheitsbericht ersehen werden kann, hat darauf die Stadt Zug keinen Einfluss. Die Zuger Polizei hat ihre Aufgaben nach eigener Verantwortung wahrzunehmen. Die Zuger Polizei fordert schon länger zusätzliches Personal, das sie benötigt, um ihre Aufgaben richtig wahrnehmen zu können. Das Parlament hat aber diese Forderung letztes Jahr nicht unterstützt. Hier zeigen sich nun die Auswirkungen, die auf fehlende Ressourcen hinweisen. Der Stadtrat wünscht in den Quartieren Geschwindigkeitskontrollen und meldet sie auch an wöchentlichen Rapporten zwischen dem Polizeiamt und der Zuger Polizei an. Wenn auf gewissen Strecken beobachtet wird, dass gerast wird, erfolgen Kontrollen, jedoch leider rückläufig.

Philip C. Brunner erachtet den Jahresbericht generell als sehr interessant. Stefan Hodel pickt eine bestimmte Zahl aus dem Bericht heraus. Erfreulicherweise dürfte in diesem Zusammenhang auch festgestellt werden, dass in der Stadt Zug weniger Verletzte aufgrund von Verkehrsunfällen zu verzeichnen waren. Die Anzahl der Verkehrsunfälle ging ebenfalls zurück. Gewisse getroffene Massnahmen haben auch nicht gerade zur Freude aller Autofahrenden auch positive Auswirkungen. Philip C. Brunner vermisst diese Kontrollen nicht und begrüsst es, wenn in dieser Stadt etwas mehr Freiheit möglich ist. In diesem Sinne hofft Philip C. Brunner, dass die Zuger Polizei ihre bisherige Praxis beibehält und nicht nur auf die Intervention von Stefan Hodel reagiert und die Kontrollen um 30 erhöht. Auch das ist Lebensqualität.

Hugo Halter erachtet hier Polemik falsch am Platz. Die Anzahl der Kontrollen und Radare haben prozentual zugenommen. Die Kontrollorte selber werden nach Wünschen der Gemeinde oder der Quartiere polizeilich geprüft und mit der Verkehrsunfallstatistik

verglichen. Die Standorte werden so gewählt, dass sie vertretbar und vernünftig sind (z.B. bei Schulübergängen, Kreuzungen, Unfall-Schwerpunkten usw.). Dass mit mehr Kontrollen weniger Fahrzeuge kontrolliert werden begründet sich mit dem jeweiligen Verkehrsfluss zur betreffenden Zeit. Viel effektiver sind die Laserkontrollen. Auch hier ist sowohl ein Rückgang und eine Reduktion der Anzahl Verzeigte zu verzeichnen. Insgesamt hat es Philip C. Brunner durchaus richtig erkannt: weniger Verkehrsunfälle und weniger Verletzte. Das ist Verkehrssicherheit.

Martina Arnold zu *Ziff. 3.3.2, Kind Jugend Familie, Familienergänzende Betreuung im Vorschulalter*: Hier gibt folgende Feststellung zu denken (Zitat): „Die Nachfrage nach subventionierten Betreuungsplätzen ist weiterhin hoch. Aufgrund der Wartelisten per Ende 2009 hätten mehr als 50 zusätzliche Plätze vollständig belegt werden können.“ (Zitatende)“ Gedenkt der Stadtrat, mehr Betreuungsplätze zu schaffen? Die Betreuungsstätte Fuchsloch in Oberwil ist inzwischen von den Franziskanern abgegeben worden. Martina Arnold hätte es als logische Folge gesehen, dass sie auch dem Verein Tagesheime unterstellt würde. Anscheinend erhalten sie aber ein eigenes Präsidium. Wäre nicht eine einzige Organisation mit einem einzigen Präsidium vernünftiger? Wenn schon Plätze fehlen, muss nicht noch eine Konkurrenzsituation geschaffen werden.

Ivo Romer bestätigt, dass tatsächlich eine entsprechende Nachfrage für diese Betreuungsplätze besteht. Der Stadtrat hat in seinem neuen Subventionsmodell von der Kostendachfinanzierung der Trägerschaften zum Platzeinkauf gewechselt. Damit ist die Grundlage gelegt worden, um zukünftig Anreize für mehr Plätze zu schaffen, ohne dass es sich um 100% subventionierte Plätze handeln muss. Die Kindertagesstätte Fuchsloch läuft über die Barmherzigen Brüder noch bis 2011. Bereits seit 2003 sind mit dieser Trägerschaft gut Erfahrungen gemacht worden. Konkurrenz belebt durchaus das Geschäft. Wenn eine einzige Trägerschaft mit einem einzigen Präsidium geschaffen wird, drängt sich auch die Vereinnahmung in die Stadtverwaltung auf, was aber nicht Sinn des Angebotes ist. Auch hier soll die Vielfältigkeit erhalten bleiben. Die Stadt muss die Möglichkeit haben, verschiedenorts Plätze einzukaufen. Diese Lösung ist von der Politik des neuen Subventionsmodells her sehr sinnvoll. Es werden damit Anreize für die Schaffung von mehr Plätzen geschaffen, ohne dass dabei wesentliche Mehrkosten für die öffentliche Hand entstehen.

Urs E. Meier: Der Hinweis, dass Tagesstätten ohne weiteres in die Stadtverwaltung integriert werden könnten, ist etwas befremdlich, wird doch hier sehr viel Freiwilligenarbeit geleistet. Wenn diese Aufgabe von der Stadt übernommen werden müsste, würde das Budget deutlich anders ausschauen.

Sowohl zur Jahresrechnung wie auch zum Jahresbericht erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Beratung des Beschlussesentwurfes

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 - 4 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 33 Jastimmen einstimmig dem Antrag des Stadtrates zu.

B e s c h l u s s des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1523
betreffend Jahresrechnung und Jahresbericht 2009

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2090 vom 30. März 2010:

1. Die Jahresrechnung und der Jahresbericht 2009 werden genehmigt.
2. Die Abrechnungen der in der Jahresrechnung auf Seiten 64 und 65 aufgeführten 25 Verpflichtungskredite mit einem Gesamtkredit von CHF 28'856'064.81 und Bruttoaufwendungen von CHF 28'269'868.44 werden genehmigt.
3. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Er ist im Amtsblatt des Kantons Zug zu veröffentlichen und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufzunehmen.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

6. Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2009

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2091

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2091.1

Stadtrat Hans Christen: Der Stadtrat unterbreitet mit der Vorlage Nummer 2091 die Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2009. Der Stadtrat appelliert im Zusammenhang mit den Finanzierungen der im Bau befindlichen Grossinvestitionen, der Rückgänge der Steuererträge infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Inkrafttretung der kantonalen Steuerrevision sowie der massiven jährlichen Aufwendungen der Stadt Zug an den kantonalen Finanzausgleich (ZFA) und an den nationalen Finanzausgleich (NFA) in der Höhe von rund CHF 80 Mio., den Überschuss von 8'280'878.35 Franken vorausschauend zu verwenden. Der Stadtrat schlägt folgende Verwendung vor:

1. Der Überschuss der Laufenden Rechnung 2009 im Betrag von CHF 8'280'878.35 wird wie folgt verwendet:
 - 1.1 Hilfeleistung im In- und Ausland CHF 500'000.00
 - 1.2 Kulturbeiträge CHF 250'000.00
 - 1.3 Schweizer Jugendmusikfest 2013 CHF 250'000.00
 - 1.4 Zusätzliche Abschreibungen Investitionsbeiträge CHF 2'250'000.00
 - 1.5 Einlage Steuerausgleich CHF 5'000'000.00
 - 1.6 Einlage in freies Eigenkapital CHF 30'878.35

Im Auftrag des Stadtrates beantragt Stadtrat Hans Christen, auf die Vorlage einzutreten und der vorgeschlagenen Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2009 zuzustimmen

Monika Mathers, Vizepräsidentin GPK: Wie aus dem Bericht des GPK-Präsidenten ersichtlich ist, stimmt die GPK bis und mit Ziff. 1.4 dem Antrag des Stadtrates zu. Beim unter Ziff. 1.3 erwähnten Schweizer Jugendmusikfest 2013 handelt es sich nach Aussage von Stadtrat Hans Christen um das schönste, grösste und beste Fest, das je in Zug stattfinden werde. Die Diskussionen folgen erst bezüglich Ziff. 1.5, Einlage Steuerausgleich. Der Steuerausgleich und das freie Eigenkapital sind zurzeit praktisch gleich hoch dotiert (Steuerausgleich CHF 110 Mio., Freies Eigenkapital CHF 140 Mio.). Die GPK diskutierte darüber, dass man, wenn einmal viel Geld benötigt wird, die Verwendung des freien Eigenkapitals flexibler gehandhabt werden könnte als der Steuerausgleich. Dies gerade auch im Hinblick darauf, dass im vergangenen Jahr die CHF 4 Mio. nicht aus dem Steuerausgleich entnommen werden mussten. Die Abstimmung, die Zuweisung nicht in den Steuerausgleich, sondern ins freie Eigenkapital zu tätigen, führte in der GPK zu einer Patt-Situation. Der Kommissionspräsident hat daraufhin den Stichentscheid zugunsten

des Stadtratsantrages gestellt. Monika Mathers schlägt daher namens der GPK vor, die CHF 5 Mio. dem Steuerausgleich zuzuweisen.

Philip C. Brunner: Nach eingehender Diskussion folgt die SVP-Fraktion mit einer kleinen Ausnahme dem Vorschlag der GPK. Die SVP-Fraktion beantragt, dass der vom Stadtrat vorgesehene Kulturbeitrag von CHF 250'000.-- für einen historischen Kulturanlass ausgegeben wird. Vorstellbar wäre, in zwei Jahren die 660-jährige Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft zu feiern, oder die 700-Jahr-Feier der Schlacht am Morgarten im Jahr 2015. Vielleicht findet der Stadtrat auch ein anderes historisches Datum, wofür diese Geld eingesetzt werden könnte. Es soll nach Meinung der SVP-Fraktion nur keine separate Kasse geschaffen werden, die nach Lust und Laune geplündert werden kann, wenn die Rechnung bei der Kultur nicht aufgeht. Dieser Rat hat immer wieder grosszügige Beiträge gesprochen. Offenbar genügen sie nicht, es wird immer mehr ausgegeben. Zusammenfassend hält Philip C. Brunner fest, dass die SVP-Fraktion mit der Verwendung des Ertragsüberschusses soweit einverstanden ist, auch mit der Sonderrückstellung von CHF 250'000.-- für das Schweizer Jugendmusikfest 2013 als Abschiedsgeschenk an Stadtrat Hans Christen.

Hugo Halter: Einmal mehr wird die langjährige Tradition, bei positiven Rechnungsabschlüssen auch einen Teil in die Hilfeleistung im In- und Ausland einzusetzen, fortgesetzt. Der Stadtrat hat zu den X-Hilfesuchen gute und taugliche Richtlinien geschaffen, die konsequent angewendet werden und somit eine finanzielle Hilfeleistung am rechten Ort sicherstellen. Obwohl klar und deutlich auch auf die sehr hohe Belastung von über CHF 76 Mio. an den ZFA und NFA mit Stirnrundeln hingewiesen werden muss. So beantragt u.a. der Regierungsrat dem Kantonsrat mit Blick auf den NFA richtigerweise eine leichte Richtungsänderung. Früher oder später dürfte das auch in der Stadt Zug ein Thema werden. Weiteren Begehrlichkeiten kann und will die CVP-Fraktion in der Verteilung des Ertragsüberschusses daher nicht zustimmen. Einmal mehr muss darauf hingewiesen werden, dass diese Gelder dem Steuerzahler gehören und sonst niemanden. Die CVP-Fraktion unterstützt die Fingerzeige der GPK und stimmt dem Antrag des Stadtrats und der GPK zu.

Patrick Steinle: Die Fraktion Alternative-CSP möchte einen etwas anderen Vorschlag für die Verteilung des Ertragsüberschusses als derjenige von Stadtrat und GPK unterbreiten. In den letzten fünf Jahren verlief die Diskussion über die Verwendung des Ertragsüberschusses in etwa so: Der Stadtrat schlägt die Einlage des grössten Teils in die Steuerausgleichsreserve vor. Begründung: Absehbare kommende Mindererträge und Mehrbelastungen sollen mit einem guten Polster abgedeckt werden. Die Ratslinke schlägt vor, einen grösseren Teil als die CHF 500'000.-- für Hilfeleistungen im In- und Ausland zu verwenden. Begründungen: Die hohen Einnahmen Zugs stammen zu einem beträchtlichen Teil von Firmen, deren hauptsächliches Kriterium für die Standortwahl der tiefe Steuersatz ist. Diese Steuern gehörten demnach moralisch nicht Zug, sondern fehlten an anderen, weniger privilegierten Standorten und seien via Hilfeleistungen zurückzuerstatten. Ganz unabhängig von der Herkunft des Gelds giengts däne, wo's guet geit, bes-

ser, s'gieng däne besser, wo's weniger guet geit. Die bürgerliche Mehrheit verneinte dann jeweils eine Mitverantwortung Zugs am Geldmangel andernorts, und lehnte eine Aufstockung der Hilfeleistungen ab. Begründung: Die Überschüsse sind zu viel eingezogene Steuern und sollen deshalb primär wieder den Steuerzahlern zu gute kommen. Es ist nicht Staatsaufgabe und ausserdem sehr billig, wenn der GGR mit dem Geld der Steuerzahler grosszügig tut und Entwicklungshilfe leisten will. Man soll besser dafür schauen, dass das Geld möglichst bei den Leuten bleibt, die entscheiden am besten selbst, für was sie es ausgeben wollen. Letztes Jahr kam dann noch der Vorschlag dazu, den Überschuss mittels Gutscheinen für Einkäufe beim lokalen Gewerbe an die Bevölkerung zurückzuerstatten. Begründung: Ankurbelung der Wirtschaft, jeder der hier wohnt hat seinen Anteil am Steuerertrag, sei es dass er tatsächlich Steuern bezahlt oder die Nebenwirkungen der Tiefsteuerpolitik in Form hoher Lebenshaltungskosten trägt. Auch dieser Vorschlag fand keine Mehrheit, hauptsächlich wegen vermuteter Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Die Fraktion Alternative-CSP hat daraus gelernt. Sie ist zwar nach wie vor der Ansicht, dass die hohen Steuererträge in Zug und der Geldmangel der öffentlichen Hand andernorts einen Zusammenhang haben, den man nicht einfach mit dem Argument "selber Schuld" abtun kann. Blendet man das aber aus, kann man durchaus der Ansicht sein, dass ein Staat, wenn er seine Aufgaben grosso modo erledigt hat, eigentlich keine Überschüsse erzielen sollte und diese Überschüsse demzufolge als zuviel eingezogenes Steuergeld betrachtet werden können. Dieses Argument kann die Fraktion Alternative-CSP nachvollziehen und möchte sich keineswegs dem Vorwurf aussetzen, auf Kosten anderer grosszügig sein zu wollen. Die Fraktion Alternative-CSP ist dafür, den schlussendlich moralischen Entscheid, ob mit den Zuger Steuergeldern national oder international Hilfe geleistet werden soll, tatsächlich den Steuerpflichtigen zu überlassen. Ein durch Befragung der steuerpflichtigen Personen in der Stadt Zug zu ermittelnder Betrag geht als Zuwendung an ausgewählte, schweizerische, Zewozertifizierte Hilfswerke und Umweltschutzorganisationen. Der Restbetrag geht in die freien Eigenmittel. Bei 30'000 Steuerpflichtigen, nämlich ca. 17'000 natürlichen und 13'000 juristischen Personen könnte jede Person über die Zuweisung eines Anteils von CHF 150.-- bestimmen (insgesamt CHF 4,5 Mio.). Wer dies keiner Hilfsorganisation zukommen lassen will, dessen Anteil bleibt automatisch beim freien Eigenkapital der Stadt. Die Durchführung dieser Befragung wäre relativ einfach und die damit verbundenen Kosten relativ bescheiden, geschätzt ca. CHF 100'000.--. Es ist dem Stadtrat zuzutrauen, dass er eine ausgewogene Auswahl von ca. 15 - 20 zuverlässigen, professionellen Hilfswerken und Umweltschutzorganisationen treffen könnte. Ein entsprechendes Formular müsste an alle Steuerpflichtigen versandt werden, diese Adressen sind ja bekannt, und die zurückgesendeten Anweisungen seriös und unabhängig ausgewertet werden, worauf die Überweisung an die entsprechenden Organisationen getätigt werden könnten. Natürlich fallen den Anwesenden jetzt sicher viele prinzipielle und praktische Gründe ein, warum das nicht gemacht werden soll. Patrick Steinle empfiehlt trotzdem, diesen Versuch zu starten. Die Fraktion Alternative-CSP jedenfalls hat keine Angst vor dem Resultat, nämlich dem Verdikt der Steuerpflichtigen, was mit dem Überschuss geschehen soll.

Der Antrag der Fraktion Alternative-CSP für die Verwendung des Ertragsüberschusses lautet deshalb:

- Ziff. 1.1 bis 1.4 unverändert.
- Ziff. 1.5 neu: Zuwendung für ausgewählte Hilfs- und Umweltschutzorganisationen, nach Massgabe einer Befragung der steuerpflichtigen Personen in der Stadt Zug bis maximal CHF 4'500'000.--
- Ziff. 1.6: Einlage in freies Eigenkapital Rest

Cornelia Stocker: Die FDP-Fraktion wird einstimmig die Anträge der GPK unterstützen. Die Zuweisung an die Steuerausgleichsreserve wird als richtig betrachtet, handelt es sich hier doch um Geld, das dem Steuerzahler gehört. Es soll daher auch zweckgebunden zurückgestellt werden. Es ist ganz schnell passiert - das haben die letzten Turbulenzen in der Wirtschaft gezeigt - dass plötzlich ein Loch in der Kasse von CHF 20 - 30 Mio. einmalig entsteht. Damit ist bereits ein Drittel der Steuerausgleichsreserve weg. Der Antrag der SVP-Fraktion ist nicht so unsympathisch. Nachdem aber gemäss Antrag des Stadtrates Rückstellungen für die Kultur gemacht werden, ist dieses Geld noch nicht ausgegeben. Der Stadtrat hat hierfür im konkreten Fall dem GGR über die Verwendung dieser Mittel eine Vorlage zu unterbreiten. Der Stadtrat kann trotzdem den Vorschlag der SVP-Fraktion aufnehmen und einen entsprechenden Antrag stellen. 660 Jahre ist aber kein Jubiläum, das zelebriert werden muss. Wenn schon könnten es 666 Jahre sein. Die Idee mit der Schlacht vor Morgarten ist auch nicht schlecht, jedoch handelt es sich hier um eine kantonale Aufgabe. Die Stadt Zug bezahlt bereits sehr viel Geld in den ZFA. Die Bemerkung, dass es sich beim Jugendmusikfest um ein Abschiedsgeschenk an Hans Christen handelt, ist nicht gerade toll und nicht angebracht. Hans Christen wird nach seinem Rücktritt aus dem Stadtrat viele Stunden für dieses OK-Präsidium ehrenamtlich und unentgeltlich aufwenden. Die Stadt Zug muss froh sein, dass Stadtrat Hans Christen sich dazu bereit erklärt. Zum Votum der Fraktion Alternative-CSP verweist Cornelia Stocker auf das Städteranking in der Bilanz. Zug ist darin top. Dabei wird aber nach zwei Kategorien unterschieden: Einmal ist der Faktor Steuern miteinbezogen und einmal nicht. Auch wenn der Faktor Steuern nicht berücksichtigt ist, bleibt die Stadt Zug trotzdem top. „Hören Sie also endlich auf, Zug's erfolgreiche Steuerpolitik dauernd anzuschwärzen.“ Der Antrag der Fraktion Alternative-CSP bringt Cornelia Stocker etwas zum Schmunzeln: Wenn bei den Steuerpflichtigen eine Umfrage durchgeführt werden soll, wird ein Grossteil der Zuger Einwohner nicht kontaktiert, da sie gar keine Steuern bezahlen. Zudem müsste dabei anteilmässig auch gewichtet werden, dass derjenige, der am meisten bezahlt, auch das grösste Mitbestimmungsrecht hat. Dieser Antrag ist schlicht nicht durchdacht und wird am besten die Lorze hinunter gespült.

Urs Bertschi hofft, dass der Rat diese Lektion gelernt hat, nämlich: wer zahlt, befiehlt! So einfach ist das in der Stadt Zug. Allerdings hofft Urs Bertschi, dass der Rat noch etwas über die Nasenspitze hinaus denkt. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrates zur Verwendung des Ertragsüberschusses weitgehend. Allerdings ist sie der Ansicht, dass die Steuerausgleichsreserve nicht mehr im gleichen Ausmass wie bisher geäuftnet zu werden braucht. Die SP-Fraktion beantragt daher, die Einlage in die Ausgleichsreserve

dieses Jahr um CHF 2.5 Mio. zu reduzieren. Zahlbarer Wohnraum in Zug ist selbst für den Mittelstand knapp geworden. Gerade weil diese Tatsache nicht neu und für viele Zugerinnen und Zuger am eigenen Leib erlebbar ist, erstaunt umso mehr, dass viele Politikerinnen und Politiker, nicht zuletzt in diesem Rat, diese Realität „offiziell“ nicht wahrhaben wollen oder gar wollten. Doch neuerdings zeigt sich auch in den bürgerlichen Reihen ein Silberstreifen am Horizont. Noch vor kurzem trällerten sie bei jeder Gelegenheit das Lied vom Markt und vom privaten Unternehmertum, die es in dieser Stadt schon richten werden. Doch nun scheint auch die FDP auf den rechten Weg gekommen zu sein. Nicht anders ist zu erklären, dass sie auf ihrer Vorwahlwerbung bereits aktiv mehr Wohnraum fordert! Dies nachdem es ihr Fraktionschef Kobelt vor kurzem noch für falsch hielt, günstige Wohnungen an guten Lagen „partout erhalten zu wollen“ und auch heute in seinem Grundsatzvotum in der Schaffung von Wohnraum eine der grössten Herausforderungen für die Stadt in nächster Zukunft sieht. Langsam schliessen sich die Reihen. Also tut man also mit den erwirtschafteten Überschüssen etwas Gutes, etwas Gutes für die Zuger Bevölkerung, etwas Gutes für die Erhaltung des sozialen Gleichgewichts in unserer Stadt. Die SP-Fraktion beantragt daher, CHF 2,5 Mio. des Ertragsüberschusses der laufenden Rechnung 2009 dafür einzusetzen, um wieder eine bessere Balance zwischen den "Steuerprofiteuren" und den Opfern dieser Steuerpolitik herzustellen. Es war bereits heute in der Zeitung zu lesen: "Gouverner c'est prévoir!" Mit anderen Worten: „Halten Sie sich die Zukunft unserer Stadt vor Augen, setzen Sie sich dafür ein, dass wir ein sozialer Gemischtwarenladen bleiben!“ Nachdem Stadträtin Sidler unlängst in der BPK bereits die Haltung des Stadtrates dargetan hat, wonach dieser den Gewinn aus dem Verkauf der Liegenschaft an der Baarerstrasse im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan "Baarerstrasse 74-88/Industriestrasse 31A" in den Fonds zur Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus zu legen beabsichtigt, so tut das der GGR dies mit den vorgeschlagenen CHF 2,5 Mio. aus dem Ertragsüberschuss bitte gleich. Es besteht in der Stadt Zug das dringende Gebot, nachhaltigen und der Spekulation entzogenen Wohnungsbau zu fördern und zu realisieren. Nur so werden Zugerinnen und Zuger weiterhin in dieser schönen Stadt wohnen bleiben können. Mit der SP-Initiative „Wohnen in Zug für alle“ soll die Stadt schliesslich angehalten werden, durch geeignete Massnahmen zahlbaren Wohnraum zu erhalten, zu schaffen und zu fördern. Mit der teilweisen Umlagerung des Ertragsüberschusses wird bereits wertvolle Vorarbeit geleistet. Urs Bertschi ersucht den Rat, den Antrag der SP-Fraktion zu unterstützen.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Die Verteilung von Überschüssen ist jeweils der phantasievollste Moment in diesem Rat. Der letzte Antrag wäre durchaus eine kurze Auszeit innerhalb des Stadtrats wert. Diese wird nun beansprucht, weil diese Idee bis anhin nicht ins Auge gefasst wurde. Die Rückstellungen in der Rechnung 2009 zeigen, dass solche für In- und Auslandhilfe getätigt werden. Sie werden aufgrund von sehr seriös geprüften konkreten Gesuchen gesprochen. Der Stadtrat tätigt solche Leistungen auch für Sport, Kultur und das Personal. Diese Bandbreite und das Nichtausgrenzen bestimmter Interessen ist die grosse Stärke von Zug. Cornelia Stocker hat schon richtig darauf hingewiesen, dass bereits heute auch Mittel für Brauchtumsveranstaltungen geleistet wer-

den. Diese Vielfalt soll weiterhin bewahrt werden. Stadtpräsident Dolfi Müller ersucht trotzdem den Rat um eine kurze Auszeit.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart schlägt aufgrund dieses Wunsches vor, die Pause vor den Abstimmungen einzuschalten.

Cornelia Stocker bezieht sich auf das Votum von Urs Bertschi: Wenn es ihm gefällt, dass sich offensichtlich die FDP-Fraktion auf dem gleichen Pfad befindet, ist das in Ordnung. Gar nicht passt aber der FDP-Fraktion die Aussage des ehemaligen Marxisten Hans-Peter Uster, welcher in der Sonntagszeitung sagte, dass eine vierköpfige Familie mit 200 m² Wohnfläche zu wenig hätte. Wenn das die neue Messlatte für Zug ist, kann der Wohnungsbau definitiv beerdigt werden. Dann können definitiv die Wünsche von Urs Bertschi für einen Gemischtwarenladen nicht mehr befriedigt werden. Irgendwann ist Zug auch ausgebaut. „Bitte, heben Sie die Latte nicht noch höher“. Die FDP-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, es sei eine Subjektförderung und nicht eine objektive Förderung zu betreiben. Wenn nun der Stadtrat noch Gelüste verspürt, schnell hüst und hott diesen Antrag zu übernehmen, geht das nicht. Der Stadtrat kann hier jetzt nicht einen neuen Antrag vorlegen. Ein solcher gehört auf dem ordentlichen Weg zuerst wieder in die Kommission.

Monika Mathers bezieht sich auf die Reaktion von Cornelia Stocker zum Vorschlag der Fraktion Alternative/CSP: Verhöhnern statt überlegen ist immer einfach. Wenn aber jeder Steuerzahler ein Formular ausfüllen kann (er muss es nicht), wonach er einen gewissen Teil des Überschusses einem bestimmten Hilfswerk zuweisen will, bestimmt er, was passiert. Er weiss dabei, dass der Rest ins Eigenkapital geht. Damit gibt die Stadt dem Steuerzahler am meisten Macht und Recht. Er bestimmt damit für sich selber, und es wird nicht über ihn bestimmt. Zu sagen, dass dem Steuerzahler je nachdem, wie viel er einbezahlt hat, auch entsprechend viel zugestehen werden soll für die Weiterleitung an ein Hilfswerk, ist absoluter Unsinn. Bei jeder einzelnen Vorlage, welche der Rat behandelt, wird auch nicht entsprechend dem einzelnen Steuerzahler gebaut oder gemacht. Wurde schon festgestellt, dass die Betten in den Spitälern für die guten Steuerzahler etwas breiter sind bzw. der Asphalt für die guten Steuerzahler besserer Qualität ist? Nein, auch hier gibt es für jedermann gleich viel. Es ist daher auch völlig normal, dass jeder Steuerzahler über den gleichen Betrag bestimmen kann.

Urs Bertschi: Es ist ja wunderbar, wenn Herr Uster seine home story in der Zeitung preisgeben kann und nun zur Galionsfigur der FDP wird, um irgendwelche Wohnbauvorhaben abzuwürgen, weil ein Linker sich ein Haus leistet. Es wäre wohl das Dümme, was die Stadt Zug tun könnte. Alle wissen es: diese Geschichte ist eine der grössten Herausforderungen der Stadt. Sie kann auf der banalen Ebene via Schweizer Illustrierte abgehandelt werden oder das Thema kann ernsthaft aufgenommen werden, um sich damit auseinander zu setzen. Niemand fordert 400 m² Wohnraum. Im Gegenteil: Die SP-Fraktion fordert preisgünstigen Wohnraum und ist sich bewusst, dass er nicht Marmor

im Bad beinhaltet. Wenn die Diskussion auf dieser Ebene geführt werden will, erweist Cornelia Stocker ihrer Wählerschaft den grössten Bärendienst der nächsten Legislatur.

Stefan Moos erachtet den Grundsatz des Vorschlages der Fraktion Alternative-CSP als gar nicht so schlecht, empfiehlt aber, die von Patrick Steinle geschätzten CHF 110'000.-- einzusparen, indem die CHF 5 Mio. in die Steuerausgleichsreserve überwiesen werden. Damit kann der Steuersatz länger tief gehalten werden. Diese Steuerersparnis können die Bürgerinnen und Bürger ohne Umfrage den Umweltorganisationen spenden.

Martin Eisenring erachtet den Vorschlag der Fraktion Alternative-CSP ebenfalls als interessant. Es gibt möglicherweise auch weitere Optionen. Es muss daher gut überlegt werden, wie dies gehandhabt werden soll. Das wird dem Rat heute kaum gelingen. Zum Vorschlag für die zusätzliche Unterstützung der Wohnbauförderung sei daran erinnert, dass der Rat in den vergangenen Monaten und Jahren bereits sehr viel geleistet hat. Wenn der Stadtrat so etwas gewünscht hätte, hätte er dies auch in seinen Antrag aufnehmen können. Dann hätten die Fraktionen dies auch vor der heutigen Sitzung behandeln und sich eine Meinung dazu bilden können. Jetzt so husch, husch CHF 2,5 Mio. für die Förderung eines Sonderzweckes vorzusehen, gefällt Martin Eisenring absolut nicht. Das Traurige an diesem an sich wichtigen Thema ist, dass es sich ausgezeichnet eignet, Wahlkampf zu betreiben. Es wäre verfehlt, wenn die letzten Monate vor den Wahlen ein Wettbewerb zwischen den Parteien lanciert würde, wer die besten Ideen hat, um Gelder in die Wohnbauförderung zu investieren. Das Problem ist erkannt, und Lösungen sind auf dem Weg. Es soll nun die nötige Zeit investiert werden, um kluge Modelle zu entwickeln und nicht Hauruckübungen durchzuführen.

Karl Kobelt schlägt bezüglich Wohnbauförderung bzw. Bereitstellung von günstigem Wohnraum vor: Es sollen nicht zuerst finanzielle Mittel gesprochen und erst anschliessend gehandelt werden, sondern: zuerst denken, Lösungen erarbeiten und erst anschliessend darüber beraten und entsprechende Mittel sprechen.

Stadtrat Hans Christen: Der Antrag von Patrick Steinle ist nicht zu Ende gedacht. Wenn die 30'000 Steuerpflichtigen bearbeitet werden sollen, sind entsprechende personelle Ressourcen notwendig, die bei den genannten CHF 100'000.-- mit Sicherheit nicht eingerechnet sind. Das erfordert erheblichen Aufwand. Bis die verschiedenen Begehren bearbeitet sind und eine Auszahlung erfolgen kann, würden Monate vergehen. Der Stadtrat prüft seine Hilfsleistungen immer sehr genau und führt im Nachhinein auch jeweils Kontrollen durch, ob das Geld im Sinne des Stadtrats verwendet wurde. Was den Antrag von Urs Bertschi für die CHF 2,5 Mio. für den preisgünstigen Wohnungsbau betrifft, müssten zuerst Projekte vorliegen. Wenn ein gutes Projekt zur Diskussion steht, ist dieser Rat mit Sicherheit sofort bereit, entsprechende Mittel zur Verbilligung des Wohnungsbaus zu sprechen. Auch beim Kanton sind dank dem neuen Wohnbauförderungsgesetz Mittel erhältlich. Der Vorschlag von Urs Bertschi ist nicht ganz durchdacht. Der Antrag des Stadtrates ist zurzeit am besten geeignet und sollte so verabschiedet werden. Wenn geeignete Projekte vorliegen, wird der Stadtrat mit Sicherheit einen Antrag

an den GGR stellen, um aus dem Überschuss oder dem freien Eigenkapital Mittel zu verwenden.

Astrid Estermann: „Herr Christen, Ihr Wort in meinem Ohr!“ Dann soll diese Idee auch möglichst rasch lanciert werden, soll doch der Erlös aus dem Verkauf des Grundstückes beim Obstverband in diesen Topf gelangen. Die Fraktion Alternative-CSP lässt sich nicht damit abspeisen, dass mangels konkreter Ideen das Geld nicht verwendet werden kann.

Stadtrat Hans Christen: Es geht hier nicht um Ideen, sondern um Projekte. Eine Idee muss nicht finanziert werden.

Astrid Estermann: Der Stadtrat hat versichert, das Geld aus dem genannten Grundstücksverkauf für den preisgünstigen Wohnungsbau zu verwenden.

Stadtrat Hans Christen korrigiert, dass dieser Erlös anteilmässig entsprechend verwendet werde. Hier geht es auch um eine Rückstellung und nicht um konkretes Geld.

Urs Bertschi: Rückstellungen können selbstverständlich aufgelöst werden. Aus Rückstellungen können auch konkrete Aufträge abgeleitet werden. Die SP-Fraktion betreibt hier keinen Wahlkampf, hat sie doch genau den gleichen Vorschlag bereits vor einem Jahr geäussert. Das Problem ist nicht Wahlkampf, sondern real. Wer das hier bestreitet, der hat eine dunkle Scheibe vor dem Kopf. Urs Bertschi beauftragt den Stadtrat, Überlegungen zu diesem Thema anzustellen. Wer beschäftigt sich in der Abteilung Immobilien konkret mit der Beschaffung von preisgünstigem Wohnraum? Irgendwelchen externe Spekulanten werden alte Wohnhäuser in der Riedmatt für ein paar Millionen verkauft und so 80 Wohnungen der Spekulation überlassen. Die Stadt hat keine Ahnung, dass solche Liegenschaften überhaupt zu kaufen sind. Das ist das Problem. „Holen Sie endlich die alten Häuser für günstiges Geld aus dem Markt, investieren Sie ein paar Franken und schaffen Sie günstigen Wohnraum!“ Ein Sonderbeauftragter in der Abteilung Immobilien soll diese möglichen Objekte aufspüren.

Karl Kobelt stellt den Ordnungsantrag und beantragt, nun abzustimmen.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Es ist unanständig und respektlos, wenn dem Stadtrat die gewünschte Auszeit nicht gewährt wird.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart schlägt vor, nun Pause zu machen und erst anschliessend die Abstimmungen durchzuführen.

Die Sitzung wird nun für die Pause kurz unterbrochen.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Gemäss Art. 26 Abs. 3 GSO besitzen die Mitglieder des Stadtrates beratende Stimme und können Anträge stellen. Der Stadtrat hat mit der knappst möglichen Mehrheit beschlossen, den Antrag der SP-Fraktion zu unterstützen.

Das ist eine Empfehlung an den GGR, welcher schlussendlich darüber befindet. Es gibt wirklich Fragen, die sind vom Thema her so leicht, dass es nicht noch spezielle Kommissionssitzungen braucht. Hier geht es einzig um die Zweckbindung dieser Mittel. Die Steuerausgleichsreserve ist wirklich sehr hoch. Darüber, ob sie noch mehr geäufnet werden soll, kann durchaus gestritten werden.

Karl Kobelt: Das Umschwenken des Stadtrates erscheint der FDP-Fraktion nicht unbedingt sonderlich glaubwürdig zu sein. Hat er denn seinen ersten Antrag nicht wirklich durchdacht und auf Leber und Nieren geprüft, dass er jetzt so leichtfertig in einer kleinen Pause, gestärkt durch einen Kaffee und ein Gipfel, nun plötzlich seine Gesinnung ändert? Es wird nicht unbedingt glaubwürdiger durch den Umstand, dass der Vorschlag aus der SP-Fraktion kommt und der Stadtpräsident nun rasch darauf einschwenkt. Dazu kommt, dass Stadtpräsident Dolfi Müller vorgängig bei der Interpellationsantwort und der Debatte zum Thema Baudepartement nicht unbedingt mit besonderer Redefreundlichkeit und Redelust gegläntzt hat. Das Parlament und nicht der Stadtrat entscheidet über diese Vorlage, auch wenn dieser natürlich das Antragsrecht hat. Es ist nach wie vor Fakt, dass es hier um Steuersubstrat geht. Wem sonst als dem Steuerzahler soll denn dieses Geld gehören? Daher ist es in diesem Umfang in der Steuerausgleichsreserve sicher am richtigen Ort. Es ist ein legitimes politisches Anliegen, den preisgünstigen Wohnungsbau vorantreiben zu wollen. Nur braucht es dazu konkrete Projekte, die mit einem solchen Anliegen verbunden sind. Es ist nicht statthaft, jetzt einfach dem Steuerzahler gehörendes Geld auf die Seite zu legen, um dieses Anliegen zu fördern. In Zukunft ist Denkarbeit gefragt und nicht auf Schnellschüsse aus dem Steuersubstrat CHF 2,5 Mio. abzweigen zu wollen. Dafür ist die FDP-Fraktion nicht zu haben und beantragt, dem ursprünglichen ersten Antrag des Stadtrates Folge zu leisten.

Manfred Pircher: Auch die SVP-Fraktion wird dem ursprünglichen Antrag des Stadtrates zustimmen. Der preisgünstige Wohnungsbau ist bei den Linken ein ewiges Thema. Einerseits schreibt Patrick Steinle in der Zeitung, man wolle kein verdichtetes Bauen in der Stadt Zug. Was wollen sie denn?

Monika Mathers: Im ganzen Jahr wird nie so oft von den Rechten der Steuerzahlenden gesprochen wie bei der Verwendung des Überschusses. Plötzlich ist der Steuerzahler so unantastbar. Jede Vorlage, die irgendeine finanzielle Konsequenz hat, beansprucht Geld des Steuerzahlers. Es gibt manchmal Vorlagen, die relativ locker mit Geld der Steuerzahler umgehen. Das Ganze kommt Monika Mathers etwas lächerlich vor. In der Steuerausgleichsreserve befindet sich ein Guthaben von CHF 110 Mio. Viele der Steuerzahler, die dort einbezahlt haben, werden nie einen Franken von diesem Geld sehen, weil sie bereits von Zug weggezogen sind. Es ist fast absurd, wie in dieser Diskussion immer der Steuerzahler als allerhöchstes Gut dargestellt wird. Bei allen Ausgaben handelt es sich um Geld des Steuerzahlers. Es ist Aufgabe des GGR als gewählte Parlamentarier, dieses Geld auszugeben, und zwar intelligent.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1.1 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Ziff. 1.2:

Philip C. Brunner zieht den Antrag der SVP-Fraktion zurück.

Zu Ziff. 1.2 bis 1.4 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Ziff. 1.5:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Es stehen folgende drei Anträge zur Diskussion:

- Ursprünglicher Antrag des Stadtrates unterstützt von der GPK und den bürgerlichen Parteien für CHF 5 Mio.
- Antrag Fraktion Alternative/CSP, lautend: Zuwendung für ausgewählte Hilfs- und Umweltschutzorganisationen, nach Massgabe einer Befragung der steuerpflichtigen Personen in der Stadt Zug bis maximal CHF 4'500'000.--.
- Antrag SP-Fraktion unterstützt vom Stadtrat für eine Einlage in den Steuerausgleich von CHF 2,5 Mio. Gleichzeitig wird eine neue Ziffer. 1.6 gebildet, wonach die restlichen CHF 2,5 Mio. in den Fond zur Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus eingelegt werden.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart schlägt vor, eine Variantenabstimmung durchzuführen. Bei 35 anwesenden Ratsmitgliedern beträgt das absolute Mehr 18 Stimmen.

Abstimmung:

Für den ursprünglichen Antrag des Stadtrates, unterstützt von GPK und den bürgerlichen Parteien, stimmen 20 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der ursprüngliche Antrag des Stadtrates, unterstützt von GPK und den bürgerlichen Parteien, mit 20 Jastimmen das absolute Mehr von 18 Stimmen bereits erreicht hat und somit beschlossen ist.

Zu Ziff. 1.6 sowie Ziff. 2 und Ziff. 3 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR dem Antrag des Stadtrates mit 29:4 Stimmen zu.

B e s c h l u s s des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1524
betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2009

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2091 vom 13. April 2010:

1. Der Überschuss der Laufenden Rechnung 2009 im Betrag von CHF 8'280'878.35 wird wie folgt verwendet:

| | | | |
|-----|---|-----|--------------|
| 1.1 | Hilfeleistung im In- und Ausland | CHF | 500'000.00 |
| 1.2 | Kulturbeiträge | CHF | 250'000.00 |
| 1.3 | Schweizer Jugendmusikfest 2013 | CHF | 250'000.00 |
| 1.4 | Zusätzliche Abschreibungen Investitionsbeiträge | CHF | 2'250'000.00 |
| 1.5 | Einlage Steuerausgleich | CHF | 5'000'000.00 |
| 1.6 | Einlage in freies Eigenkapital | CHF | 30'878.35 |

2. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.

3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

7. Schulsozialarbeit: Flächendeckende Einführung in der Stadt Zug; Kreditbegehren

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2088

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2088.1

Eintreten

Stadtrat Andreas Bossard: Der dringend nötige Ausbau der Schulsozialarbeit wurde vom Stadtrat seit längerer Zeit angekündigt. Heute führen praktisch sämtliche Gemeinden des Kantons Zug eine professionelle Schulsozialarbeit. Die Schulsozialarbeit führt zu einer Qualitätssteigerung an den Schulen. Sie ist eine Voraussetzung für den zeitgemässen Schulbetrieb und gewährleistet ein gutes Arbeits- und Lernklima. Die Arbeit an den Schulen ist in den letzten Jahren durch den gesellschaftlichen Wandel viel anspruchsvoller geworden. Für Kinder und Jugendliche ist das Erwachsenwerden eine grosse Herausforderung. Eltern und Lehrpersonen spüren in der täglichen Erziehungsarbeit ihre Grenzen. Zu viele Kinder und Jugendliche haben schlechte Startchancen. Sie wachsen in stark belasteten Familien auf oder geraten in ihrem Umfeld auf Abwege. Die Gefahren der Konsum- und Medienwelt sind enorm. Immer häufiger fehlen feste Strukturen im Alltag. Auf sich allein gestellt mangelt es einigen Kindern und Jugendlichen an der Fähigkeit, solide und gesunde Beziehungen aufzubauen. Die Bereitschaft, Leistung zu erbringen, sinkt. Der Mangel an schulischen, sozialen und persönlichen Fertigkeiten führt immer wieder zu Problemverhalten. Betroffene Eltern sind oft überfordert. Die Schulen investieren viel Engagement in die Erziehung und Förderung der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Leider reichen die Möglichkeiten der Schulen nicht immer aus. Wirkungsvoll sind situationsangepasste Kombinationen von Fördern und Fordern, Stärken und Strafen, Hinschauen und Handeln, die alle Beteiligten so früh als möglich mit einbeziehen. Die Fähigkeit, verantwortungsbewusst zu handeln und sein Leben bewusst zu gestalten, ist in enger Zusammenarbeit mit Kind, Eltern, Umfeld und Schule lernbar. Dieser Lernprozess ist sehr zeitintensiv und benötigt viel Energie, Einsatz und professionelles Fachwissen, weil die Verstrickungen sozialer und persönlicher Konflikte oft weit über das Schulzimmer hinausreichen. Die Schule benötigt heute geeignete Werkzeuge, um diesen enormen Herausforderungen gerecht zu werden. Dies kann der Schulpräsident bestätigen. Die Schulsozialarbeit ist dafür ein bewährtes Instrument. Im Kern setzt sich die Schulsozialarbeit zum Ziel, Kinder im Prozess des Erwachsenwerdens zu begleiten und ihnen die Möglichkeiten zur Konfliktlösung anzubieten. Je früher dieser Lernprozess beginnt desto besser. Früherkennung und Frühintervention bereits im Kindergarten und in der Primarschule vermeiden Krisen und Notfälle in der Pubertät. Eltern müssen möglichst früh mit einbezogen und in ihren Erziehungsaufgaben geschult und gestärkt werden. Die Schule kann die Veränderungen in der Gesellschaft und in den Familien nicht stoppen. Sie kann jedoch mit geeigneten Massnahmen möglichst gut darauf reagieren und vor allem präventiv wirken. Die Schulsozialarbeit - eine wirkungsvolle Massnahme - trägt wesentlich dazu bei, um Delikte und Straftaten zu vermeiden.

Durch frühes, professionelles Handeln werden Massnahmen durch die Vormundschaftsbehörden vermieden. Auch der Sicherheitsbericht, den der GGR diese Woche zugestellt hat, fordert die Beibehaltung und Förderung von Angeboten im Sozialbereich. (Aufsuchende Jugendarbeit, Gassenarbeit, Schulsozialarbeit und der Massnameplan unseres Kinder- und Jugendkonzeptes. Dank der Schulsozialarbeit wird die Sozialkompetenz und die Leistungsbereitschaft der Kinder erhöht und die Erziehungskompetenz der Familien gestärkt. Kinder, Eltern, Lehrpersonen, Schulleitungen und die Gesellschaft profitieren gleichermaßen von der Schulsozialarbeit. Stadtrat Andreas Bossard möchte den GGR im Namen des Stadtrates bitten, dieser Vorlage zuzustimmen.

Philip C. Brunner: Das war jetzt ein hohes Lied von Stadtrat Andreas Bossard! In praktisch allen Punkten ist die SVP-Fraktion anderer Meinung. Das war ein Plädoyer dafür, dass der Stadt den Eltern die Kinder wegnimmt. Philip C. Brunner wundert sich, dass Stadtrat Andreas Bossard dies tut und sich der Schulpräsident selber dazu nicht äussert. Die SVP-Fraktion beantragt, auf dieses Geschäft nicht einzutreten. Die Sozialarbeit in den Schulhäusern könnte gemäss Stadtrat ohne diese heute beantragte Sozialarbeit nicht ausgeführt werden. Das Problem kann aber anders organisiert und gelöst werden. Das wäre einmal das Erste gewesen, was hätte getan werden müssen: eine Konzentration der bisher bestehenden Schulsozialarbeit auf einen Standort und nicht eine flächendeckende Verbreitung von Funktionen. Die Schularbeit soll nicht weiter ausgebaut werden und soll weiterhin den Schülern im bisherigen Rahmen kostenneutral zugänglich bleiben. Dieser Rat hat bereits bei der Budgetdebatte zusätzliche Mitarbeitende bewilligt. Irgendwo hört es auf. Der Aufwand für die Schulen beträgt heute bereits CHF 52 Mio. bei einem Gesamtaufwand von CHF 274 Mio. Das macht einen Anteil von fast 20 % der Ausgaben dieser Stadt aus. So kostet praktisch jeder Schüler dieser Stadt den hohen Betrag von CHF 28'000.--. Es war bereits heute zu hören, dass dieser Betrag, sobald es um Sonderpädagogik geht, schnell einmal in unglaubliche Höhen von CHF 55'000.-- aufwärts schlägt. Die SVP-Fraktion ist der Auffassung, dass die Lehrpersonen in ihrer Rolle gestärkt und unterstützt werden sollen, die Eltern aber zugleich ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Ein Kind muss wissen, wer sein Lehrer ist. Das ist bereits heute in der Stadt Zug nicht mehr immer der Fall, wenn berücksichtigt wird, wie viele Halb- und Teilzeitstellen beim Bildungsdepartement angegliedert sind. Diese Teilzeitpensen sind wenn möglich zu limitieren. Es müssen Vollzeitlehrer zur Verfügung stehen, die sich voll engagieren und vor allem von überflüssigem administrativem Aufwand entlastet werden. Wenn ein Bericht wie derjenige der Schule für Sozialarbeit von der Hochschule Luzern bearbeitet wird, ist das ein Witz. Diejenigen, welche zukünftig in dieser Stadt arbeiten wollen, stellen in einem von ihnen erarbeiteten Bericht fest, dass es sie braucht. In der Vorlage ist zu lesen, dass die Sozialarbeiter beispielsweise beratend mitwirken sollen, damit nicht zu viel Computerkonsum usw. betrieben wird. Hier werden dem Staat mit gutem Steuergeld Funktionen geschaffen und eröffnet, die völlig unnötig sind. Die Konkurrenz der städtischen Schulen sind die Privatschulen. Bisher konnte bei verschiedenen Befragungen keine einzige Privatschule genannt werden, welche einen Sozialarbeiter beschäftigt. Das sagt schon Einiges aus. Diese Privatschulen werden von den Eltern finanziert und sind normalerweise von einer gewissen Güte. Phi-

lip C. Brunner und die SVP-Fraktion appellieren daher an die Anwesenden, diese Vorlage abzulehnen.

Stadtrat Ivo Romer möchte vorausschicken, dass Schulsozialarbeit nichts mit Schule geben oder Beschulung zu tun hat. Gerade die SVP-Fraktion verlangt, dass sich die Schule und Lehrpersonen auf Vermitteln von Lesen, Rechnen und Schreiben konzentrieren soll. Es ist nun mal so: die öffentlichen Schulen sind der Schmelzriegel der Gesellschaft. Es ist nun mal so, dass es nicht nur um die Integrationsproblematik von bildungsfremden Schichten geht, sondern es besteht auch das Problem einer Wohlstandsverwahrlosung. Es geht also nicht nur um die Brennpunkte, wo Ausländerkinder in die Schule gehen. Man kann das bedauern, aber es ist so. Man kann das Problem aber auch ganz pragmatisch aus volkswirtschaftlicher Sicht beurteilen. Wenn mit solchen Massnahmen im Vergleich zu späteren Behördeninterventionen bereits früh günstig Raum geschaffen werden kann, um unkompliziert und pragmatisch intervenieren zu können, können sich die Schulen wieder besser auf ihre Kernaufgabe konzentrieren. Die Schulsozialarbeit beschreibt nur die geografische Örtlichkeit, wo sie stattfindet. Es darf also nicht das eine mit dem anderen verwechselt werden. Gottseidank hat die Stadt Zug so viel Geld zur Verfügung für die Schulen - es könnte sogar noch mehr sein. Es ist wie bei der Feuerwehr: man bezahlt sie gerne, obwohl niemand hofft, dass sie angerufen werden muss. Wenn man schon heute das Gefühl hat, man bezahle zuviel für die Kinder, sollte man einmal auf die Strasse gehen und eine Initiative zur Abschaffung der Kinder lancieren. Dann wären viele Probleme gelöst. Wenn solche Angebote in einer solch absolut nicht zielführenden Art zerfleddert werden und andererseits betont wird, dass die Eltern in ihrer Verantwortung behalten werden sollen, muss festgehalten werden, dass es gerade hier um Fälle geht, wo die Eltern ihre Verantwortung nicht mehr wahrnehmen können. Es ist hier der falsche Hebel angesetzt, wenn kritisiert wird, der Staat nehme den Eltern die Verantwortung weg. Es kann auch anders formuliert werden: Für Hundehaltung muss eine Prüfung absolviert werden, Kinder kann jeder in die Welt setzen. Von daher geht es hier primär um die Gesellschaftspolitik, was bedauerlich ist. Volkswirtschaftlich ist das aber der bessere und effizientere Weg.

Abstimmung

über den Nichteintretensantrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion:
Für den Nichteintretensantrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 4 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 4 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Nichteintretensantrag von Philipp C. Brunner namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat. Eintreten auf die Vorlage ist somit gemäss Antrag des Stadtrates beschlossen.

Detailberatung

Monika Mathers, Vizepräsidentin GPK: Auch in der GPK wurde heftig und lange diskutiert. Der Nichteintretens- bzw. Aussetzungsantrag wurde in Vollbesetzung mit 2:5 Stimmen abgelehnt. Im Anschluss wurde nur noch in 6-er Besetzung weiter diskutiert, da einer der Unterlegenen den Raum verlassen hatte. Es gab ziemlich viele auch kritische Stimmen. Sowohl Stadtrat Ivo Romer wie auch Stadtrat Andreas Bossard konnten die Kritik teilweise entkräften. Schlussendlich hat die GPK ohne Gegenstimme die flächendeckende Schulsozialarbeit beschlossen. Die flächendeckende Einführung muss insofern relativiert werden, indem die GPK die Schulsozialarbeit nicht flächendeckend sieht, sondern dass in jedem Schulhaus dieses Angebot besteht. Hier besteht offenbar die grösste Differenz zur Meinung von Philip C. Brunner. Die Sozialarbeit muss direkt vor Ort stattfinden. Ein Kind aus Oberwil oder Loreto kann nicht ins Riedmatt zur Schulsozialarbeit geschickt werden. Die GPK hat beschlossen, klare Maximalbeträge für die EDV-Einrichtung und das Mobiliar festzulegen. Für die EDV-Einrichtung soll keine Rolls-Royce-Lösung gewählt werden, jedoch muss der Persönlichkeitsschutz erste Priorität haben. Die GPK schlägt beim Beschlussesentwurf eine Änderung des Titels sowie bei Ziff. 2 einen Maximalkredit und bei Ziff. 3 einen reduzierten Betrag vor. Lange wurde auch über eine mögliche Befristung diskutiert. Schlussendlich sah die GPK zwar davon ab, verlangt aber auf den 30. Juni 2014 einen Bericht über die gemachten Erfahrungen. Dann kann der GGR über die weitere Zukunft dieses Projektes wieder beschliessen. Die GPK beschliesst daher folgende neue Ziff. 4: Der Stadtrat erstattet bis am 30.6.2014 einen Bericht.

Martin Eisenring: Auch in der CVP-Fraktion hat eine angeregte Diskussion stattgefunden, herrschte doch grosse Skepsis gegenüber diesem Projekt. Die CVP-Fraktion hat sich damit grundsätzlich schwer getan, weil sie der Meinung ist, dass viele dieser Aufgaben nicht durch die Schule (z.B. Erziehung), sondern hauptsächlich durch die Eltern vorgenommen werden sollen. Die Stadt Zug hat ein Integratives Schulmodell entwickelt. Die CVP-Fraktion unterstützt dies. Das bedeutet, dass sehr verschiedene Charaktere in der Schule aufeinander treffen und dadurch eher in jedem Schulhaus auch Kinder unterrichtet werden, die schwieriger im Umgang als andere sind. Nach Meinung der CVP-Fraktion obliegt die Erziehung und soziale Arbeit grundsätzlich der Familie. Es ist aber auch so, dass heute sehr viele Kleinfamilien (Einzelkinder) bestehen. Vielfach sind beide Elternteile berufstätig. Es fehlt dadurch die nötige Zeit und Kraft, um die Kinder zu unterstützen. Viele Kinder kommen von der Schule nach Hause und schauen zuerst Fernsehen. Eine weitere gesellschaftliche Entwicklung besteht, indem die Grosseltern in der Regel nicht mehr in nächster Nähe wohnen. Der Begriff der heutigen Familie entspricht demjenigen, welcher vor 30 Jahren als Kleinfamilie bezeichnet wurde. Auch die Kirche hat heute nicht mehr dieselbe Funktion wie in der Vergangenheit. Nach eingängiger Diskussion hat sich die CVP-Fraktion relativ knapp dafür entschieden, dem Ausbau der Schulsozialarbeit zuzustimmen. Als wichtiges Argument wurde dabei gewichtet, dass alle Schulen gleichgestellt werden sollen. Es kann nicht sein, dass einzelne Schulhäuser von diesem service public spéciale profitieren können und diejenigen Kinder, die in ei-

nem anderen Quartier leben, nicht. Alles Andere wäre auch nach der Verfassung nicht standhaltbar. Ein zweiter sehr entscheidender Punkt ist, dass solche Problemfälle bei den Kindern sehr früh erkannt werden müssen, damit relativ früh damit begonnen werden kann, allfällige Therapien zu initiieren. Es hat sich in verschiedenen Bereichen bereits gezeigt, dass bei frühzeitigem Eingreifen viele Probleme gelöst werden können, die sonst in Zukunft verstärkt auftreten würden. Vor allem in Bereichen wie Jugendstrafrecht, Jugendkriminalität usw. fallen erhebliche Kosten an. Die CVP-Fraktion hegt die Hoffnung, dass die Schulsozialarbeit einen Beitrag zur Verringerung der Jugendkriminalität leisten kann und wird. Vorher wurde im Rahmen der Jahresrechnung und des Ertragsüberschusses relativ leichtfertig über grosse Beträge diskutiert. Wenn dies in Relation zur jetzigen Vorlage gesehen wird, sind die hier beantragten Kosten durchaus überschaubar und verkraftbar. Dies vor allem auch im Hinblick auf die damit erreichte Gleichberechtigung. Die CVP-Fraktion ist froh, dass die GPK die Einsparungen vor allem im Infrastrukturbereich verlangt und dafür Maximalgrenzen beantragt. Es sollte durchaus machbar und gut sein, dass ein Schulpsychologe das Büro auch mit einem Heilpädagogen teilen kann. Wenn eine solche Schulsozialarbeit implementiert wird, ist es auch wichtig, dass die dort erarbeiteten Informationen korrekt verwendet werden. Die Lehrpersonen müssen über die Vorkommnisse und Massnahmen in der Schulsozialarbeit informiert sein. Wichtig ist auch, dass in schwerwiegenden Fällen gegebenenfalls die Polizei informiert werden kann. Falls der GGR dieser Vorlage zustimmt, soll der Stadtrat ein Augenmerk darauf haben, dass diese Informationen nicht im Laptop des Schulsozialarbeiters beerdigt, sondern genutzt werden, um nachhaltigen Erfolg erzielen zu können. In diesem Sinne unterstützt die CVP-Fraktion die Vorlage.

Astrid Estermann ist seit Januar dieses Jahres Beiständin eines 22-jährigen jungen Mannes, der ihr folgende Lebensgeschichte erzählte: Der Vater war Alkoholiker. Seine Mutter hatte Depressionen. Zuhause sei es für ihn deshalb ausserordentlich schwierig gewesen. Er habe oft seine Tage bei der Grossmutter verbracht. Er sei in der Primarschule ein schwieriges Kind gewesen: Er habe in der Schule den Unterricht gestört und sich mit den anderen Kindern oft auf dem Pausenplatz geprügelt. Als er 10 Jahre alt war, fand er seine Grossmutter tot in der Wohnung. Das sei ein Schock gewesen. Er habe darauf seine Mitschüler noch mehr geplagt, und die Lehrer seien ab ihm verzweifelt. Ein Lehrer habe ihn dann beim schulpsychologischen Dienst angemeldet. Er sei einmal dort gewesen, seine Mutter sei aber dagegen gewesen und somit sei dies versandet. Mit 14 Jahre begann dieser Klient Zigaretten zu rauchen und Hasch zu konsumieren. Mit 16 Jahren verstarb seine Mutter. Von da an habe er Kokain und später Heroin konsumiert. Er hat seine Maurerlehre nach 1,5 Jahren abgebrochen. Er verübte mit 18 Jahren einen Raubüberfall und fuhr ein Auto ohne Fahrausweis schrottreif.

Was denken die Anwesenden nun? Sind die Eltern schuld, dass sie ihrem Kind keinen Halt geben konnten? Hätten die Lehrer eingreifen müssen? Ist dieser Klient für das Ganze selber verantwortlich? Dieser Klient versucht heute die Wende: Er wird aufgrund einer stationären Massnahme eine Suchttherapie absolvieren. Sollte er dies schaffen, wird eine Erstausbildung ins Auge gefasst, um ihn dann hoffentlich im Arbeitsmarkt integrieren zu können. Solange wird er mit Sozialhilfe unterstützt, durch die Justiz ge-

tragen, von der IV eingegliedert werden müssen. Ein langer und teurer Weg. Vielleicht wäre die Lebensgeschichte dieses Klienten – wenn er heute ein Kind im Guthirt oder im Herti wäre – gleich verlaufen. Vielleicht hätte aber hier mit einer Intervention der Schulsozialarbeit früher eingegriffen und eine Wende erreicht werden können. Wenn dies gelungen wäre, dann wäre dies gut investiertes Geld gewesen. Es gibt viele Gründe, weshalb die Schulsozialarbeit in Zug an allen Schulhäusern eingeführt werden soll. Ein paar davon seien hier genannt:

- Die Schulsozialarbeit bietet ein nachhaltiges Beratungs- bzw. Unterstützungsangebot für SchülerInnen, Lehrpersonen und Eltern. Mit gezielter Beratung und Interventionen können bestehende Probleme proaktiv angegangen werden.
- Das Unterrichten einer zunehmend heterogenen Schülerschaft bringt zunehmende Herausforderungen mit sich. Diese erschwert bzw. behindert auch die Kernaufgabe der Lehrpersonen, die Wissensvermittlung, teilweise wesentlich. Die SSA kann in der Arbeit mit SchülerInnen und Eltern eine wichtige Entlastung für die Lehrpersonen bringen.
- In einigen Fällen kann durch Früherkennung der Schulsozialarbeit gezielte Unterstützungsmassnahmen eingeleitet und punktuell Massnahmen wie Beistandschaften oder Fremdplatzierungen verhindert werden. Durch frühzeitige Interventionen im Kindesschutzbereich können oft in Zukunft Gelder gespart werden (z.B. Abgleiten in die Drogensucht, Bezug von wirtschaftlicher Sozialhilfe). Nach dem Motto: Jeder früh eingesetzte Franken spart in der Zukunft teurere Lösungen. Vormundschaftliche Massnahmen bedeuten meistens, dass die Kinder den Eltern entzogen werden müssen. In den letzten Jahren haben die Kindesschutzmassnahmen in Zug zugenommen.
- Die Schulsozialarbeit trägt durch Präventions- und Projektarbeit einen wichtigen Beitrag zur Förderung eines guten Schulhausklimas bei. Ein gutes Schulhausklima reduziert gleichzeitig das Risiko von Gewalttätigkeiten an Schulen und fördert das Gemeinschaftsgefühl.
- Die Schulsozialarbeit wird von den SchülerInnen, Lehrpersonen und Eltern als eine Entlastung wahrgenommen. Probleme werden gemeinsam angegangen und nach Möglichkeiten gesucht.

Die Fraktion Alternative-CSP unterstützt aus diesen Gründen die Vorlage des Stadtrates.

Simone Gschwind: Seit schon bald zehn Jahren wird Schulsozialarbeit erfolgreich in den Schulhäusern Loreto (Oberstufe), Guthirt und Herti angeboten. Bisher wurden sehr erfolgreiche Erfahrungen gemacht. Das Angebot wird gut genutzt und hat sich bewährt. Die Schule, die durch steigende Bildungsansprüche verstärkt belastet wird, kann die sozialen Herausforderungen allein nicht mehr bewältigen. Durch die Schulsozialarbeit kommt es zur Entlastung der Schule zugunsten der Kernaufgaben im pädagogischen Bereich, denn die Schule hat Grenzen, wenn Probleme über den rein schulischen Bereich hinausgehen. Hauptsächlich beschäftigt sich die Schulsozialarbeit mit Gewaltproblemen, Problemen mit oder in der Schule (z.B. nachlassende Schulleistungen, Leistungsdruck, Probleme im Unterricht, Prüfungsangst usw. sowie familialen Problemen. Unterstützt werden auch belastete Schülerinnen und Schüler, Eltern in Krisensituationen und Lehr-

personen. Schulsozialarbeit wird genutzt, um Verhaltensauffälligkeiten bei Schülerinnen und Schülern begegnen zu können und um verstärkt Präventionsarbeit zu leisten. Bei Bedarf kann die Schulsozialarbeit die Vermittlung an Fachstellen organisieren und begleiten. Die Stadt Luzern hat 2007 den Nutzen der Schulsozialarbeit erkannt und sie flächendeckend eingeführt, weil die Früherkennung von Problemfällen, die kostenintensive Massnahmen in den Bereichen Fremdplatzierungen, Therapien oder der Einsatz von Jugendanwaltschaft verringern oder hinauszögern. Die Schulsozialarbeit kann ferner Eingliederungschancen fördern, Separierung und Ausgrenzung durch Schulausschlüsse oder Sonderschulung vermeiden, soziale sowie persönliche Probleme der Kinder und Jugendlichen gezielt und frühzeitig angehen. Die Evaluation der Schulsozialarbeit im Kanton Zürich 2002 ergab, dass fast 70 % der Kosten, die für die Schulsozialarbeit aufgewandt werden müssen, an anderen Orten des Hilfesystems eingespart werden können (insbesondere bei kostenintensiven Massnahmen in den Bereichen Medizin, Justiz oder Sonderschulung/Heimplatzierung). Es wird deutlich, dass Investition in die Schulsozialarbeit an der Unterstufe auch bedeutet, an der Oberstufe weniger Problemfälle zu haben. Die SP-Fraktion ist überzeugt vom Nutzen der Schulsozialarbeit und findet es wichtig, dass die Benachteiligung gewisser Schulhäuser aufgehoben wird und bald alle Schulhäuser Schulsozialarbeit nutzen können. Diese Vorlage verdient die Unterstützung des Rates. Der Änderung des Titels zu „Ausbau der Schulsozialarbeit“ und den weiteren Anträgen der GPK kann die SP-Fraktion zustimmen.

Manfred Pircher: Primär geht es bei dieser Vorlage um die Erziehung der Schüler durch die Sozialarbeiter, welche von den Eltern vernachlässigt wird oder sogar gar nicht erfolgt. Die SVP-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen die Arbeit der Sozialarbeiter, fragt sich aber, warum bei gleich bleibenden Schülerzahlen ein Ausbau vorgesehen werden soll. Warum kann ein auffälliges Kind nicht an einen zentralen Ort zusammen mit den Eltern aufgeboten werden? Dadurch könnten mehrere Stellen eingespart werden. Dieses Vorgehen hätte zudem einen präventiven Aspekt. Welche Möglichkeiten des Rektors und der Lehrerschaft bestehen, wenn von den Eltern eine Reaktion fehlt? Was wird von Seiten der Schule bei auffälligen Schülern mit grossem Aggressivitätsverhalten unternommen? Früher wurde ein solches Kind als schwererziehbar aus der Schule genommen und in ein Heim eingewiesen.

Barbara Hotz: Man stelle sich ein Schulzimmer vor: Die Lehrperson steht vor den Schülern, welche alle aus geordneten Familienverhältnissen kommen, die zu Hause liebevoll erzogen, behütet, gefördert, unterstützt und vor allem geliebt werden. Der gesellschaftliche Hintergrund und die soziale Herkunft von allen Kindern sind ähnlich. Die Kinder können sich alle über eine angemessene Zeitdauer konzentrieren, still sein, sich in Deutsch ausdrücken. Die Lehrperson kann sich grossmehrheitlich auf das Vermitteln des Unterrichtstoffes konzentrieren und die wenigen, auftretenden Konflikte sind rasch zu lösen und behindern das Lernen nicht. Wenn nötig kann mit den Eltern das Gespräch gesucht werden und diese unterstützen die Lehrperson. Bei solchen Voraussetzungen müsste nicht über den Ausbau der Schulsozialarbeit diskutiert werden. Doch ob es einem nun gefällt oder nicht, die Gesellschaft hat sich verändert, ja, um es ganz deutlich

zu sagen - die Gesellschaft hat versagt. Das ist mehr als bedauerlich doch leider Fakt. Einhergehend mit der Veränderung der Gesellschaft haben sich auch die Konflikte und Probleme in den Schulzimmern verändert, sind schwerwiegender geworden, belastender für alle. Wenn der GGR heute mit dem Ausbau der Schulsozialarbeit die Grundlage schaffen kann, dass Probleme bereits in der Unterstufe angegangen und gelöst werden können, und diese dann nicht auf der Oberstufe eskalieren, dann wird das Geld sinnvoll und zielgerichtet investiert. Ansonsten könnte es sehr gut sein, dass strafrechtliche oder psychologische Folgekosten dereinst ein Vielfaches kosten werden. Die FDP-Fraktion stellt sich grossmehrheitlich hinter den Ausbau der Schulsozialarbeit und unterstützt die Anträge der GPK. Bezüglich des geforderten Zwischenberichtes erwartet die FDP-Fraktion einen aussagekräftigen Bericht, welcher auch über die erzielte Wirkung der getroffenen Massnahmen Auskunft gibt. Der Stadtrat sei hier aufgefordert, am 1. Januar 2014 diesen Bericht in Auftrag zu geben, damit er wirklich pünktlich am 30. Juni 2014 vorliegt. Bereits hier sei einmal mehr der Hinweis angebracht, dass kein Bezug zu Studien gewünscht wird, die dem dannzumaligen Zwischenbericht nicht beigelegt werden. Sollte die FDP-Fraktion aufgrund der Resultate des Zwischenberichts feststellen, dass die Ziele, die sie sich heute setzt, nicht erreicht werden, behält sie sich vor, mit einem politischen Vorstoss die Schulsozialarbeit dannzumal erneut zu hinterfragen.

Philip C. Brunner stellt mit Freude fest, dass zumindest bei den bürgerlichen Parteien es noch einige gibt, die dieser Sache nicht ganz trauen. Nach diesem System erfolgt zuerst ein Versuch. Dann werden relativ unauffällig ein oder zwei Schulsozialarbeiter eingestellt. Dann werden positive Erfahrungen gemacht, und es werden weitere Sozialarbeiter eingestellt. Je mehr Schulsozialarbeiter es gibt, desto höher ist die Anzahl Fälle. Also müssen noch mehr Schulsozialarbeiter eingestellt werden. Das Ganze dreht sich im Kreis. Philip C. Brunner appelliert daher an die Parlamentsmitglieder der bürgerlichen Seite: es ist wesentlich einfacher, jetzt Nein zu sagen und keine Zwischenberichte zu verlangen oder Eventualanträge zu stellen, die schlussendlich das Parlament in neuer Zusammensetzung befassen werden. Philip C. Brunner empfiehlt, jetzt Nein zu sagen und nicht in zwei Jahren in neuer politischer Einigkeit zu versuchen, irgendwie den richtigen Weg zu finden. Es wird immer komplexer. Philip C. Brunner fühlt sich alt genug, um zu sehen, wie es in der Politik in den letzten 25 Jahren in diesem Land zugegangen ist: es wurde immer komplexer, es wurde immer mehr gemacht. Es muss eine Umkehr gewagt werden. Nein und zurück zu den grundsätzlichen Eigenverantwortlichkeiten. Die Schuldigen müssen hart angepackt werden.

Alice Landtwing: Trifft es zu, dass die Schulsozialarbeiter die Eltern nicht orientieren dürfen über die Arbeit und die Gespräche mit ihren Kindern?

Sabine Sauter ersucht als Mutter eines dieser vermeintlich linken Bildungspädagogen, der aus Überzeugung bürgerlich wählt, diejenigen Politiker, die seit Jahren und Jahrzehnten kein Schulzimmer mehr besucht haben, wenigstens dies nachzuholen, bevor sie es sich anmassen, abschliessende und kategorische Aussagen zu diesem Thema zu machen. Wunschdenken ist eines, die Realität belehrt eines Besseren.

Stadtrat Andreas Bossard: Es ist sicher nicht das Ziel der Schulsozialarbeit, Kinder ihren Eltern wegzunehmen. Manchmal muss das aber leider getan werden (z.B. bei Gewalt in der Familie, sexuellen Übergriffen usw.). Es geht nicht, dass die Schulsozialarbeit zentral angesiedelt ist. Sie muss aufgebaut werden, damit ein Vertrauensverhältnis an der Front besteht. Schulsozialarbeiter müssen ihr Büro sichtbar an einem Ort haben, wo sich die Schüler getrauen hinzugehen. Der Schulsozialarbeiter muss präsent sein und sich auf dem Pausenplatz zeigen. Nur zu einer solchen Person können die Kinder das nötige Vertrauen finden, um auch über Vorkommnisse sprechen zu können, die sie sonst fast nicht auszusprechen wagen. In der letzten Zeit war mehrfach in den Zeitungen von der Aufarbeitung von Geschehnissen zu lesen, die 30 Jahre zurückliegen. Es ist zu hoffen, dass die heutigen Kinder solche Erlebnisse von Gewalt und Übergriffen jemandem anvertrauen können. Das wäre möglicherweise die Lehrperson oder der Schulsozialarbeiter. Der Datenschutz geht nicht so weit, dass die Eltern nicht informiert werden können. Gewisse Informationen werden aber tatsächlich den Eltern nicht mitgeteilt (z.B. Gewalt in der Familie usw.). Das erfordert ein sehr feinfühliges Vorgehen. Das in der Schulsozialarbeit vorkommende Thema ist sehr komplex. Es ist zu hoffen, dass die Schulsozialarbeit, wie sie heute bereits in drei Schülerhäusern funktioniert, auch in den anderen Schulhäusern feinfühlig aufgebaut wird, damit ein bisschen ein menschlicher Umgang in den Schulhäusern und Familien möglich wird. Damit mischt sich die Stadt mit Sicherheit nicht in die Verästelung der Familien ein. Es ist nur dort notwendig, wo wirklich unschöne Ereignisse passieren.

Urs E. Meier: Das Votum von Philip C. Brunner erweckt den Eindruck, dass die vielen Äusserungen und Erläuterungen heute nicht richtig angekommen sind. Urs E. Meier begreift die SVP-Fraktion nicht. Sie will mehr Sicherheit, was möglicherweise mit mehr Polizei erreicht werden kann, wenn der Kanton genügend personelle Ressourcen hierfür zur Verfügung stellt. Man kann aber auch versuchen, dafür zu sorgen, dass es gar nicht soweit kommt. Dass die Familien offenbar mit der Aufgabe der heutigen Kindererziehung überfordert sind, zeigt sich klar. Wenn das nicht so wäre, müsste man nicht von einem gesellschaftlichen Problem sprechen. Es ist daher absolut nicht verständlich, dass die SVP-Fraktion verhindern will, bereits bei den Kleinen für mehr Sicherheit zu sorgen. Bei den Kleinen muss beginnen, was später im Ratssaal leuchten soll!

Manfred Pircher erinnert daran, dass seine drei gestellten Fragen vom Stadtrat noch nicht beantwortet wurden.

Stadtrat Andreas Bossard: Die Heilpädagogen besprechen mit den Lehrpersonen gewisse Massnahmen vor, um den Kindern ein adäquates Lernprogramm zu bieten. Wenn der Erfolg nicht erreicht wird, kann auch der Schulpsychologe zugezogen werden. Diese Stelle beim Kanton wird vom betreffenden Kind aufgesucht. Von 20 Kindern mit Problemen kann aber vielleicht ein einziges Kind nicht vor Ort integriert werden und muss einer Spezialschule zugewiesen werden. Das hat aber nichts mit Schulsozialarbeit zu tun, sondern ist Aufgabe der Schule und wird täglich im Schulalltag angegangen. Sozia-

le Probleme sollen aber mit der Schulsozialarbeit noch verbessert werden, damit zukünftig Kinder besser auf das Leben vorbereitet werden können.

Philip C. Brunner: Die SVP-Fraktion hat nicht die Abschaffung der Schulsozialarbeit gefordert, sondern lehnt nur den weiteren Ausbau ab. Gegen die hier propagierte Tendenz in Richtung immer mehr und überall Staat, wehrt sich aber die SVP-Fraktion. Auch die SVP-Fraktion ist sich bewusst, dass es bedauerlicherweise Fälle gibt, wo keine andere Lösung möglich ist. Philip C. Brunner stellt namens der SVP-Fraktion folgende zwei Anträge:

- Die Vorlage wird - falls der Rat zustimmt - auf drei Jahre befristet.
- Auf das Jahr 2012/2013 soll ein Zwischenbericht verfasst werden.

Stadtrat Andreas Bossard teilt mit, dass der Stadtrat die Bereinigungsanträge der GPK im Beschlussesentwurf übernimmt.

Beratung des Beschlussesentwurfes (gemäss Antrag der GPK):

Zu Titel und Ingress sowie Ziff. 1 - 4 (neu), Ziff. 4 bisher (neu Ziff. 5) und Ziff. 5 (neu Ziff. 6) wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 25:5 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

Abstimmung

über den Eventualantrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, eine Befristung auf drei Jahre vorzusehen und 2012/13 einen Zwischenbericht zu verlangen:
Für den Eventualantrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 7 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 7:24 Stimmen den Eventualantrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1525
betreffend Ausbau der Schulsozialarbeit: Kreditbegehren

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2088 vom 23. März 2010:

1. Der Schaffung von zusätzlich 190 Stellenprozenten Schulsozialarbeit auf der Kindergarten- und Primarstufe wird zugestimmt. Der im Budget 2010, Konto 30101/5100, Löhne hauptamtliches Personal, vorgesehene Kredit von CHF 260'000.-- wird bewilligt.
2. Für die EDV-Einrichtung wird ein Nachtragskredit von max. CHF 75'000.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 31110/2400, Anschaffungen Informatikmittel, bewilligt.
3. Für die Büroeinrichtung wird ein Nachtragskredit von max. CHF 30'000.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 31100/2220, Mobiliar und Einrichtungen, bewilligt.
4. Der Stadtrat erstattet dem Grossen Gemeinderat per 30. Juni 2014 einen Bericht über den Ausbau der Schulsozialarbeit.
5. Dieser Beschluss tritt unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss § 8 der Gemeindeordnung vom 1. Februar 2005 sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

8. Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 6. November 2009 betreffend 2000-Watt-Gesellschaft

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird dieses Traktandum auf die nächste Sitzung des GGR vom 29. Juni 2010 verschoben.

9. Mitteilungen

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart lädt nun alle Anwesenden zu einer „szenischen Führung“ durch die Burg Zug mit anschliessendem Apéro ein.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 29. Juni 2010, 16.00 Uhr

Für das Protokoll:

Arthur Cantieni, Stadtschreiber